

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

237 (13.10.1931)



# Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMittelBADENS

Anzeigenpreise

Die 10 gelbten Mäntelzeile kostet 12 Pfennig, Gelbdruckanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Mäntelzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Abnahmepfandes, bei gerichtlicher Dretzung und bei Anstehen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wander-Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufsehkunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zahlung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,00 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Erscheint 5mal wöchentlich. Sonntags 11 Uhr o. Postbestellnummer 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktions-Büro: L. B., Waldstraße 28 o. Jernstr. 1020 und 1021 o. Delfstr.-Häuser: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Doben, Tagelohstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8.

Nummer 237

Karlsruhe, Dienstag, den 13. Oktober 1931

51. Jahrgang

## Arbeiterfront gegen Reaktionsfront

Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen und aller Arbeitnehmergealtungen in Abwehrfront gegen die „nationale“ Inflationsverschwörung von Harzburg

### Es geht hart auf hart

Im Anschluß an die heute beginnende Reichstags-tagung und die Auswirkung der Tagung der vereinigten Reaktionen in Harzburg schreibt uns der Sozialdemokratische Pressebient:

Die am Dienstag beginnende Tagung des Reichstags ist der Anfang entscheidender Kämpfe. Die Tagung des deutschen Faschismus in Harzburg hat dafür gesorgt, daß die Fronten klar und deutlich erkennbar sind. In diesem Kampf wird es hart auf hart gehen. Es geht um die Demokratie, um das Recht des Volkes, es geht um das Recht aller Lohnarbeiter und Angestellten in Deutschland. Der Faschismus rüstet zum Angriff, es gilt, ihm eine geschlossene Front entgegenzusetzen.

In Harzburg sind die Vertreter der sozialen und politischen Reaktion zusammen gekommen. Sie haben eine Verschwörung gegen das deutsche Volk und seine Freiheit beschlossen. Die nächsten Forderungen halten sich nur noch scheinbar im Rahmen der Legalität. Sie greifen bereits darüber hinaus. Sie wollen jetzt Neuwahlen zum Reichstag, nicht, weil sie auf eine Regierungsmehrheit rechnen, sondern auf eine Wiederkehr des heutigen Reichstags, in der sie gemeinsam mit den Kommunisten den Parlamentarismus sabotieren können. Sie haben deutlich erklärt, daß ihr Ziel die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Deutschland nach dem Vorbild Mussolinis ist. Sie wollen den faschistischen Staatsstreik. Sie haben sich offen als Verfassungsfeinde bekannt.

Ihr Angriff richtet sich in erster Linie gegen die Arbeiterfront, darüber hinaus aber gegen das ganze Volk, soweit es sich nicht zum Kapitalismus rechnet. Sie wollen das Tarifrecht und die Sozialpolitik zerschlagen. Sie wollen eine neue grandiose Enteignung aller Nichtkapitalisten durch eine neue Inflation.

Die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen und die ostelbischen Großagraren haben eine Inflationsverschwörung gegen das deutsche Volk gebildet. Als ihr Wortführer ist in Harzburg der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schaack aufgetreten. Das ist ein Vorgang, der das ganze deutsche Volk aufritteln muß! Als die Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie dem Reichskanzler ihre inflationistischen Pläne vortragen, stellte ihnen Brüning die Gegenfrage, was aus den Sparern werden solle. Der Vertreter der Scharfmacher gab darauf die klassische Antwort: „Sie müssen eben wieder von vorne anfangen!“

Das ganze deutsche Volk hat entsetzt und gepart, seine Ersparnisse aber sind von den bankrotten Wirtschaftsführern zu einem großen Teil vernichtet worden. Es soll jetzt durch eine neue Inflation alles verlieren zugunsten der bankrotten Wirtschaftsführer und dann soll es wieder von vorne anfangen mit Hungern und Entbehrungen und neuem Sparen! Für wen? Für die Kapitalisten, die das Volk mit der faschistischen Diktatur bedrohen!

Herr Schaack hat im Interesse dieses Raubzuges in Harzburg eine verbrecherische Rede gegen die deutsche Währung, gegen den deutschen Kredit und gegen die deutsche Reichsbank gehalten. Er hat das verbrecherische Wort in die Welt geschleudert, daß die deutsche Reichsbank schon längst bankrott sei. Nicht die Reichsbank ist bankrott, es sind ganz andere, die bankrott gemacht haben. Es sind die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, die ohne Reichensubventionen des Reiches nach dem Muster der Ruhrrentschädigung und ohne neue Inflation sich nicht mehr herausfinden können aus der kritischen Situation, in die sie sich selbst unter Mißbrauch der deutschen Kapitalbildung hineingekerkert haben, das sind die ostelbischen Großagraren, die selbst in die Hunderttausende und Millionen gehende Subventionen nicht zu einer Umstellung ihrer feudalen Wirtschaftsgewohnheiten bewegen konnten. Das sind die Interessenten eines neuen inflationistischen Raubzuges gegen das Volk! Das sind zugleich die Interessenten der brutalsten Sozialreaktion, die nach neuen Lohnsenkungen, nach Zerschlagung von Tarifrecht und Sozialpolitik schreien, das sind zugleich die Geldgeber der faschistischen Horbden. Sie bilden zusammen den Hort der deutschen Kontrevolution.

Diese Front hat in Harzburg den Kampf gegen die Arbeiterfront geblasen. Dieses Signal wird in der ganzen deutschen Arbeiterfront verstanden. Die Kräfte der Arbeiterfront sind am Werk, um der Front der Reaktionen eine geschlossene Arbeiterfront entgegenzustellen. Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen sind am Montag morgen zu Beratungen über eine gemeinsame Abwehr zusammengetreten. Sie haben erklärt, daß ihre Bepre-

chungen der Abwehr der Harzburger Pläne der sich „nationale Opposition“ nennenden politischen und sozialen Reaktionen gelfen. Der Kanzler der Faschisten antwortet der Kampf der Arbeiterfront. Die vereinigten Gewerkschaften aller Richtungen sprechen im Namen der gesamten deutschen Arbeiterfront. Sie vertreten den Abwehrwillen der Arbeiterfront gegenüber dem Faschismus. Sie sind entschlossen, den Kampf hart auf hart zu führen.

Damit sind die Fronten für die kommenden Entscheidungskämpfe ganz klar herausgearbeitet. Eine erste Entscheidung in diesem Kampf wird in der heutigen Tagung des Reichstags erfolgen. Das Ziel der vereinigten Reaktionen ist, den Reichskanzler Brüning zu stürzen. Sie will ihn stürzen, weil er sich den Plänen, die auf eine neue Inflation und auf Zerschlagung des Tarifrechts hinauslaufen, nicht angeschlossen hat. Sie ist gegen ihn, damit ein Kabinett der Harzburger seine Nachfolge antreten kann. Sie will über seinen Sturz die preussische Exekutive in die Hand bekommen, um so dem Treiben ihrer Bürgerkriegsbanden freie Bahn zu verschaffen.

Das Kabinett Brüning steht bei diesem Aufmarsch der großen Fronten unangenehm gegenüber. Die Front von Harzburg, gegen den Prediger der neuen Inflation, Dr. Schaack, wie gegen die Schwerindustriellen, die den Augenblick zu einer Entscheidungsschlacht gekommen glauben, die die deutschen Gewerkschaften endgültig zerschmettern sollen.

Also ist die Taktik der Sozialdemokratischen Partei in dieser Kampfsituation gegeben. Die Einheitsfront der Gewerkschaften muß erhalten und gestärkt werden. Der Versuch, durch einen Sturz der Regierung Brüning den Harzburgern die Bahn freizumachen, muß abgewehrt werden. Noch wissen wir nicht, wie der Kampf der beiden Fronten im Reichstag ausgehen wird. Aber in

einem Augenblick, wie dem jetzigen, wo es hart auf hart geht, kann es für die Sozialdemokratie, um der deutschen Arbeitnehmer willen, nichts anderes geben, als sich der Abwehrfront der Arbeitnehmer aller Richtungen anzuschließen.

### Die Abwehrfront der Arbeitnehmer gegen Harzburg

Große gemeinschaftliche Aktion der Arbeitnehmer aller Richtungen gegen die „nationalen“ Umsturzpläne

Berlin, 12. Okt. (Eig. Draht.) Der Harzburger Kampf der vereinigten Reaktionen hat bereits die Gewerkschaften aller Richtungen auf den Plan gerufen. Die Organisation der Abwehr der großen Arbeitnehmergealtungen ist in vollem Gang. Ueber die zu diesem Zweck am Montag abgehaltene Sitzung haben die Gewerkschaften der Offenheit folgende Mitteilung übergeben:

„Die Spitzengewerkschaften aller Richtungen einschließlich der Beamtenverbände kamen am Montag zu einer Besprechung zusammen. In erster Linie galt diese Besprechung der Abwehr der Gefahren, die durch die Umsturzpläne der „nationalen Opposition“ insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“

Die Gewerkschaften beabsichtigen u. a. entsprechende Vorkellungen beim Reichspräsidenten.

## Vor der heutigen Reichstagsitzung

Die Kampfsparole der Sozialdemokratie: Verhinderung der Reaktionspläne - Ausreichende Winterbeihilfe - Kürzung der großen Pensionen und Gehälter - Neuaufrollung der fürstenabfindung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Montag nachmittag einen Bericht des Abg. Breitfeld über die politische Lage entgegen.

In der ausgedehnten Aussprache wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zusammenkunft der sogenannten „Nationalen Opposition“ in Harzburg der gesamten arbeitenden Bevölkerung die ungeheuren Gefahren aufzeigt, die ihr von der Rechten drohen. Unter der Führung der Schwerindustriellen, Bankhülsen und Hohenzollernprinzen hatten sich dort alle Kräfte vereinigt, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten die politischen Rechte rauben, ihre Lebenshaltung brutal herabdrücken, Sozialgesetzgebung und Tarifrecht vernichten wollen. In Harzburg war aber auch die Lösung ausgegeben worden, wonach durch eine neue Inflation der gewerbliche Mittelstand und die breiten Massen der kleinen Sparen- und Rentner zum zweitenmal zugunsten der Schwerindustriellen und Großkapitalisten enteignet werden sollen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird Beschlüsse erst nach der Rede des Reichskanzlers fassen.

In einer Reihe von Anträgen fordert die Fraktion eine wirksame Kürzung der großen Pensionen und hohen Gehälter, eine Neuaufrollung der Fürstenabfindungen, die scharfe Kontrolle des Wank- und Kartellwesens, die Behebung des Baumarktes, sowie klare Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftsnöte der breiten Massen, insbesondere durch eine ausreichende Winterbeihilfe für Erwerbslose, Sozialrentner und alle anderen Hilfsbedürftigen.

### Die heutige Reichskanzlererklärung

Berlin, 12. Okt. (Eig. Draht.) Der Reichstag, der am heutigen Dienstag nachmittag, um 3 Uhr, zusammentritt, wird sich nach der Rede des Reichskanzlers auf Mittwoch 12 Uhr vertagen. In der Debatte über die Regierungserklärung können nach den Beschlüssen des Aeltestenrates von jeder Fraktion je drei Redner eine Stunde sprechen. Sämtliche auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik gestellten Anträge werden mit der Aussprache ver-

bunden. Ob die Aussprache am Freitag beendet werden kann, ist noch nicht zu übersehen.

### Die fraktionsberatungen

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Montag einen ausführlichen Bericht des Reichskanzlers über die Ursache des Rücktritts seiner ersten Regierung und über die politische Lage entgegen.

Die Bayerische Regierung hat im Reichstag mehrere Abänderungsanträge zu der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten eingebracht. Die Neuaufwendungen des Reiches sollen aus den Minsgewinnen und aus den Reparationssparnissen gedeckt werden.

### Rücktritt des preussischen Finanzministers

WTB, Berlin, 12. Okt. Der preussische (der Staatspartei angehörende) Finanzminister Dr. Söpler-Wischoff hat am Montag abend, folgendes Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Braun gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Der Verlauf der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der preussischen Koalitionsparteien hat mich davon überzeugt, daß ich auf die für meine Amtsführung erforderliche Unterstützung der Koalitionsparteien nicht mehr im ausreichenden Maße rechnen kann. Der Verlauf der heutigen Staatsministerialsitzung hat mir dabei gezeigt, daß auch zwischen den übrigen Herrn Staatsministern und mir die erforderliche Einmütigkeit nicht mehr besteht. Ueberdem ist es mir nicht gelungen, dieselbe Uebereinstimmung zwischen den Maßnahmen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeizuführen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre. Da es mir unter solchen Umständen nicht möglich ist, mein Amt erfolgreich weiter zu verwalten, trete ich gemäß Artikel 59 der preussischen Verfassung von meinem Amte zurück.“

### WZ verlängert Kreditkontredit der Reichsbank

Der Verwaltungsrat der WZ, in Babel hat beschlossen, den von der WZ, an die Reichsbank gewährten und am 4. November fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollars auf drei Monate, d. h. bis 4. Februar 1932, zu verlängern.



# Schachts Dolchstoß

## Reichsfinanzminister Dietrich gegen Dr. Schacht

BRN, Berlin, 12. Okt. Reichsfinanzminister Dietrich beschäftigt sich heute mittag vor Vertretern der Presse mit den Ausführungen, die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern auf der Harzburger Tagung der Rechtsopposition über die Wirtschaftslage Deutschlands gemacht hat. Der Minister wandte sich in scharfen Worten gegen die Äußerungen Dr. Schachts, die geeignet seien, das deutsche Ansehen in der Welt auf das Schwerste zu gefährden. Es bleibt jedem überlassen, an den Maßnahmen einer Regierung Kritik zu üben und einer Regierung Schaden zuzufügen. Man dürfe aber niemals so weit gehen, die Interessen des ganzen deutschen Volkes zu schädigen.

## Frankreich warnt Deutschland vor Abenteuer

Paris, 12. Okt. (Eia. Draht.) Die nationalsozialistischen Tiraden von Harzburg und der dort unternommene Dolchstoß von Schacht seien die Reichsbank haben in Frankreich großes Aufsehen erregt.

Der „Zentralagent“ schreibt unter der Überschrift: „Die Welt in Europa“, daß die Rede Schachts aufschlußreich über die Mentalität eines großen Teils der „nationalen Opposition“ ist, die die Politik des Schlimmsten betreibt und den Zusammenbruch Deutschlands organisieren will, um sich von den Resten des Verfallenen Reiches zu befreien und dem deutschen Volk die Kraft zu geben, Europa den Krieg zu erklären. Diese schwebelichten Schwachköpfe seien es, die die Welt beunruhigen und sie mit den schlimmsten Blagen bedrohen.

Der Temps erklärt, das Verhalten Schachts mitten in der gegenwärtigen Krise sei eines deutschen Patrioten sonderbare Art, die nationalen Interessen zu verteidigen. Die Harzburger Verschwörung bedeute trotz des Vertrauens mit dem man alle Bemühungen um die Sicherung des Friedens und die Beseitigung der Wirtschaftskrise betrachten möge, eine ernste Warnung, der man Rechnung tragen müsse. Mit einem unermüdlich guten Willen habe man versucht, Deutschland wieder aufzurichten und das Vertrauen zu ihm soweit als möglich wieder herzustellen, um eine Entspannung zu erleichtern. Diese nationalistische und völkische Geste drohe aber alles zu kompromittieren, was in diesem Sinne unternommen worden sei. Wenn die „nationale Opposition“ in Berlin an die Regierung kommen sollte, würde sie entweder den Zusammenbruch ihrer Politik eingestehen müssen, was ihren loslösenden Sturz bedeuten würde, oder sie würde sich kopfüber in Abenteuer stürzen müssen, die das deutsche Volk auf sein letztes Ende hinstreben müßten.

Die ausländischen Pressestimmen zeigen, wie sehr der Harzburger Dolchstoß von Schacht-Hugenberg-Hitler Deutschland geschädigt hat. Was gedenkt die Reichsregierung dagegen zu unternehmen. Schon einmal — vor etwa zwei Jahren — hat Hugenberg durch seine Amerikabriefe eine ähnliche Aktion gegen Deutschland unternommen und damit den Anfang der Wirtschaftskrise eingeleitet. Will man sich diesen neuesten Dolchstoß ebenso stillschweigend gefallen lassen? Wann wird endlich mit dem Dreiflügel dazwischen gehauen?

## Kommunisten und „nationale“ Hochverräter

Ein Antrag, den die Kommunisten selbst unmöglich machen

Die kommunistische Reichsstaatsaktion hat auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunisten im Reichstag den Antrag eingebracht:

„Hitler, Hugenberg, Schacht, Selbte und Dicker, die auf der Harzburger Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landesverrats an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, solten zu verhaften.“

Ansichts dieses Antrags muß man sich fragen, was machen die Kommunisten im Reichstag? Werden sich die Kommunisten bei der

Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung wieder an die Seite ihrer Bundesgenossen beim vordringlichen Volksentscheid stellen, an die Seite der Hoch- und Landesverräter, deren Verhaftung sie jetzt fordern? Ihre Verbrüderung mit den „Hoch- und Landesverrättern“ bei der Abstimmung ist nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich. In diesem Falle dürften sich die Kommunisten wieder einmal selbst entlarven und vor aller Welt dokumentieren, daß sich die Stärke der „Hoch- und Landesverräter“ in Deutschland auf die kommunistische Brücke stützt. An die Macht ist die „nationale Opposition“, sind die „Hoch- und Landesverräter“ nur mit Hilfe der Kommunisten zu bringen. Zum Dank dafür werden Hugenberg und Dicker im gegebenen Falle die Kommunisten verbieten. Das steht bereits heute fest.

In der Berliner kommunistischen Welt am Abend konnte man am Montag in einer Besprechung der Harzburger Zusammenkunft und ihrer Absichten das folgende lesen:

„Die nationale Koalitionsregierung wird nichts anderes sein, als die nackte Diktatur des schwerindustriellen Kapitals und der Großaragier zur Verteidigung des kapitalistischen Profits und zur Niederschlagung der Arbeiter.“

Wird die kommunistische Partei aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen und zusammen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Abwehrfront gegen „die nackte Diktatur“ bilden helfen? Oder gedenkt die kommunistische Partei ebenso wie beim Volksentscheid in Preußen Steigbügelhalter der Hitler und Hugenberg bei der Aufrichtung der Gewalt Herrschaft des schwerindustriellen Kapitals zu sein?

## Internas aus Harzburg

### Uneinigkeit in der „nationalen“ Opposition

Das Organ des Christlich-Sozialen Volksdienst, die Tägliche Rundschau, nimmt unter der Überschrift: „Das Harzburger Schauspiel“ zu den Beratungen der Rechtsopposition wie folgt Stellung: „Nicht nur diejenigen, die mit härterer Reserve gegenüber dem Harzburger Schauspiel die Ergebnisse betrachten, sondern auch diejenigen, die auf die Tagung starke Hoffnungen setzten, sind etwas enttäuscht.“

Es hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die drei Gruppen der Opposition sich nicht einig sind, es hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß über die nächsten und entscheidenden politischen Fragen keine Einigkeit und keine Klarheit besteht. Das einzige Programm, das im Lager der Opposition Achtung und Anerkennung findet, ist das Programm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und dieses Programm führt zum Bolschewismus.

Die Kölnische Zeitung, die der Schwerindustrie nahesteht und große Hoffnungen auf Harzburg gesetzt hatte, ist über das Ergebnis dieser Tagung sehr enttäuscht. In einem längeren Artikel: „Hinter der Politik“ macht das Blatt folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Die Frage ist jetzt: Ist die Rechte zu wirtschaftlicher Verantwortung bereit? Wenn sie glaubt, im Sinne von Harzburg regieren zu können, so dürfte sie sich allerdings schnell abgeben. Wir sind aber einstuftigen der Meinung, daß die Forderungen, welche dort aufgestellt wurden,

nur die innere Unausgeglichenheit der Geister und Meinungen und damit die mangelnde Bereitschaft und Fähigkeit zur Regierungsübernahme verdeutlichen soll.“

Die Notverordnungen mit ihren einschneidenden Eingriffen in das öffentliche Haushalten, nicht nur das des Reiches, sondern vor allem der Gemeinden, einfach aufzuheben zu wollen,

ohne ein Wort zu sagen, wie man sich dann das Schicksal der öffentlichen Haushalte denkt, ist Demagogie.

Darüber täuschen auch alle metapolitischen Geheimnisträmerieen und Redensarten wie „Respekt nicht voreilig preisgeben“ nicht hinweg. Wir sind uns bewußt, daß eine Rechtsregierung in heutiger Zeit für unsere Außenpolitik und für unsere Schuldenerlage gegenüber dem Ausland erhebliche Gefahren in sich birgt. Dieses umsomehr, als der frühere Reichsbankpräsident Schacht in Harzburg Äußerungen getan hat, die einfach unverständlich bleiben. Als Schacht von der Reichsbank ging, war die Auslandsschuld so wie sie uns schicksalhaft ins Anseln gekürzt hat.

Er stand damals der Konsolidierung so maßlos gegenüber, wie der neue Reichsbankleiter.

Dr. Schacht war ein schlechter Berater für Vertrauen, als er zur nationalen Opposition sprach. Er mußte am besten wissen, wie schwierig es ist, die Währung und die Wirtschaft zu verteidigen, nachdem wie in die Auslandsschuldung hineingeraten waren.“

## Bundestagung der Friedensgesellschaft

Rüster will von seinem Amt zurücktreten

Lübeck, 10. Okt. (SPD.) Dieser Tage hielt die Deutsche Friedensgesellschaft auf einem Gut bei Lübeck ihren diesjährigen Bundestag ab, der von etwa 200 Delegierten besucht war. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der unter Bezugnahme auf den Beschluß des Parteiausschusses der Sozialdemokratie, der jede Zugehörigkeit zur Friedensgesellschaft mit der Mitgliedschaft zur SPD für unvereinbar erklärt, der überparteiliche Charakter der Friedensgesellschaft betont und festgelegt wird. Außerdem wurde festgestellt, daß die mit der Friedensgesellschaft über das Abonnement beitragsmäßig verbundenen Zeitungen unabhängig von der Friedensgesellschaft sind und nicht als deren Bundesorgane zu gelten haben.

Die Vorstandswahl ergab insofern eine Überraschung, als nach der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes (Frhr. v. Schönau, Küster, Daehler, Prof. Keller, Ströbel) der Geschäftsführer der Friedensgesellschaft, Küster, erklärte, daß er voraussichtlich in nächster Zeit an anderer Stelle wirken müsse. Dann wurde er sein Amt in der Friedensgesellschaft niederlegen. Dem Bundesvorstand wurde deshalb einstimmig der Wunsch unterbreitet, für den Fall, daß Küster ausscheidet, als Vertreter Kayser-Schwerte, der Mitglied der SPD ist, zu bestellen.

## Einschränkungen des österreichischen Auslandspostverkehrs

Wien, 11. Okt. Der Briefnachnahmeverkehr (Einschreibsendungen, Wertbriefe und Wertschekel) und der Postauftragsverkehr mit dem Ausland wird vom 12. Oktober an bis auf weiteres eingeschränkt.

## Stuttgarter Kommunistenorgan beschlagnahmt

Stuttgart, 12. Okt. (Eia. Meldung.) Die kommunistische Süddeutsche Arbeiterzeitung ist heute wegen eines Artikels über Pariser Geld beschlagnahmt worden.

## Aufrückungsperre in Preußen beseitigt

BRN, Berlin, 12. Okt. Das preussische Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Aufrückungsperre für die preussischen Beamten, die in der preussischen Sparverordnung vom 12. September 1931 verhängt worden war, wieder aufzuheben. Amtlich wird diese Maßnahme damit begründet, daß das Reich nicht, wie erwartet war, eine gleiche Sparmaßnahme für die Reichsbeamten angeordnet hat.

## Waffenscheinfabrikation in Nazi-Braunschweig

Braunschweig, 12. Okt. (Eia. Draht.) In Braunschweig werden — wie sich dieser Tage herausgestellt hat — seit längerer Zeit Waffenscheine für in Preußen wohnende SA-Leute ausgestellt. Unter anderem hat auch der berühmte hannoversche Sturmtruppenführer Korfemann von der Braunschweigischen Polizei einen Waffenschein erhalten. Er hatte sich zu diesem Zweck an seinen Freund Franzen gewandt, da ihm von der hannoverschen Polizei ein Waffenschein nicht ausgestellt wurde.

Die sinnlose Verteuerung des Benzin in Deutschland verführt die Automobilisten und Kraftfahrer dazu, sich, wenn sie die Grenze passieren, mit dem billigen ausländischen Treibstoff zu versehen. Sie langen gewöhnlich mit vollem Tank in Deutschland an. Dagegen will der Reichsfinanzminister jetzt vorgehen. Er hat angeordnet, daß vom 12. Oktober ab die Preltense auf 20 Liter begrenzt wird. Auch die Zollbefreiung wird selbstständig verweigert, wenn die Fahrt ins Ausland nur zum Tanken unternommen worden ist. Aus dem Ausland ins Ausland fahrenden Kraftfahrern kann auf Antrag ein Ausweis ausgestellt werden, der sie berechtigt, eine der ausgeführten gleiche Menge Treibstoff mit dem Kraftwagen wieder einzuführen. Eine weitere Erleichterung ist für den großen Reichsbereiter ausländischer Kraftwagen über weitere Strecken vorgesehen.

## Geständnis zum Eisenbahnattentat?

BRN, Wien, 12. Okt. Wie von einer der Polizei nabetelebenden Seite verlautet, hat der vorgestern hier verhaftete Kaufmann Matuschka heute abend nach langem Verhör ein in phantastischen Erzählungen behülltes Geständnis abgelegt, bei dem Eisenbahnanschlägen von Tüzerbog und Via Torbago Beihilfe geleistet zu haben. Die Hauptrolle hierbei wurde aber von Matuschka einer dritten Person zugeschoben.

BRN, Wien, 12. Okt. Zu dem angeblichen Geständnis Matuschkas wird noch mitgeteilt: Im Verlaufe der Verhöre stellte Matuschka seine unmittelsbare Täterchaft an dem Attentat in Via Torbago in Übere, daß gab er an, daß er für einen ihm nicht näher bekannten Mann auf dessen Aufforderung das Geständnis ablegte und dem Unbekannten übergeben habe. Er habe ihm auch einige Sprengstoffe verschafft, aber nicht gewagt, daß das Material für ein Attentat verwendet werden würde. Matuschka gab zu, zur Zeit der Attentate bei Tüzerbog und bei Via Torbago mit dem Manne, von dem er nichts Näheres wissen will, in Berlin und in Budapest gewesen zu sein. Er befreit aber, an dem Attentat bei Tüzerbog beteiligt gewesen zu sein.

## Völkerbund und Mandchurei-Konflikt

### Die Außenminister auf dem Wege nach Genf

Paris, 12. Okt. Der britische Außenminister, Lord Reading, hat gestern abend auf dem Wege nach Genf Paris verlassen.

Im gleichen Zuge ist auch der Delegierte der japanischen Regierung beim Völkerbund, der japanische Botschafter in Paris, Tschibata, nach Genf abgereist.

Verand wird heute vormittag 11 Uhr nach Genf abreisen. Es scheint, so hat der Petit Parisien dieser Nachricht hinzu, daß die Lage im fernem Osten sich plötzlich bessern sollte.

Vor seiner Abreise nach Genf erklärte Verand auf die Frage, ob er auf schnelle Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes hoffe: „Eine Lösung ist notwendig. Man muß einem bedrohlichen Konflikt, der, wenn er sich in die Länge zieht, ernste Folgen haben würde, ein Ende machen. Was die erzielenden Maßnahmen anbetrifft, so werde ich sie am Dienstag mit meinen Kollegen vom Völkerbund prüfen. Die Hauptsache ist, daß schnell gehandelt wird.“

## Entsendung amerikanischer Beobachter nach der Mandchurei

BRN, Genf, 12. Okt. Dre Komit der USA, in Genf, Brentis Gilbert, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß der Sekretär der amerikanischen Botschaft in Tokio, Saltsburg, und der Generalkonsul der USA, in Chargin, Sanion, sich im Auftrag des amerikanischen Staatsdepartements nach der südlichen Mandchurei begeben haben, um über die Lage zu berichten. Die chinesische und die japanische Regierung hätten ihr Einverständnis zu der Entsendung der genannten Persönlichkeiten gegeben.

## Einleitung chinesisch-japanischer Verhandlungen?

BRN, New York, 12. Okt. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurde heute abend von dem Außenminister Ghibehara und dem chinesischen Gesandten in Tokio, Schianglin, der Versuch gemacht, zur Regelung der mandchurischen Streitfrage in Verhandlungen einzutreten.

## Faschistische Kowdytat in Bukarest

Im Verlaufe des inzwischen beendeten Kongresses der Interparlamentarischen Union in Bukarest vereinigte sich ein außerordentlich und empörender Zwischenfall, dessen Veröffentlichung die rumänische Regierung vergeblich zu verhindern versucht hat.

Der griechische Botschafter des belagerten Senats und Träger des Nobel-Friedenspreises, La Fontaine, wurde von einer Kolonne rumänischer Faschisten, sogenannten Czuzisten, auf offener Straße überfallen, angepöbelt und schließlich tödlich angegriffen. Seine Frau wurde von den Kowdyts angepöbelt und in gemeiner Weise beleidigt. Nur durch das Dazwischentreten von Straßenpassanten wurden die Überfallenen vor schweren Mißhandlungen bewahrt. Der Ministerpräsident Vorga und Finanzminister Aratoianu sprachen La Fontaine noch am gleichen Tage ihr Bedauern über den Zwischenfall aus. Der Presse wurde jedoch jede Meldung über diesen Akt faschistischer Brutalität verboten.

Die rumänische parlamentarische Fraktion hat in einem Schreiben an den Kammerpräsidenten Rompeju ihren Protest gegen diese Unterdrückung der Pressefreiheit eingeleitet und gefordert, daß Rompeju als Vorsitzender im Namen der rumänischen Delegiertengruppe das allgemeine Bedauern über den Zwischenfall ausdrückt.

Die faschistischen Ausübungen sind verhaftet worden und sollen dem Schnellrichter vorgeführt werden.

## 40 Stundenwoche in ländl. Staatsbetrieben

### Nazi verhindern Offenlegung von Steuerlisten

Der ländliche Landtag nahm einen Antrag an, in dem die Regierung beauftragt wird, in allen staatlichen Betrieben und Verwaltungen die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sofort durchzuführen. Ebenso kam ein Antrag zur Annahme, der die Rückgängigmachung aller Maßnahmen zur zwangsweisen Kürzung der Führersorgelose und der Wohlfahrtsunterstützung fordert.

In den Beratungen teilte der Finanzminister mit, daß bei den staatlichen Hüttenwerken die Arbeitszeit auf 42 Stunden herabgesetzt sei. Bei der staatlichen Kraftwagenverwaltung sei die 40-Stunden-Woche vollkommen durchgeführt, ebenso in fast allen Betrieben der staatlichen Forstverwaltung. Ueber die Arbeitszeiterfüllung in einigen anderen staatlichen Betrieben werde zur Zeit noch verhandelt. Durch die Einführung der 40-Stunden-Woche wären viele sonst unvermeidliche Entlassungen verhindert worden. Der Minister dankte der Arbeiterschaft für das von ihr bewiesene Verständnis für die Lage und für ihre Bereitwilligkeit, mit der sie auf die Einführung der 40-Stunden-Woche eingegangen sei, obwohl zur Zeit ein Lohnausgleich sich nicht ermöglichen lasse.

Ein Antrag, der die Offenlegung von Steuerlisten, die Aufhebung des Bankverwehrens zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Kapitalflucht sowie die Beschlagnahme der Vermögen bei Verhinderung von Kapital ins Ausland forderte, wurde von den Nazis zu Fall gebracht.

## Warenhausverband gegen Gold- und Devisenaktierung

BRN, Berlin, 10. Okt. Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser hat beim Kartellgericht den Antrag auf Genehmigung der Sperrung gegen Bundesfirmen gestellt, die in Gold oder Devisen fakturieren. Er fordert, daß für die gesamte Wirtschaft die Reichsmark als einzige Rechnungseinheit gelten soll.



# Die badische Haushaltsnotverordnung

Die neue badische Notverordnung, über die seit Wochen schon alle maßgebenden und unmaßgebenden Gerichte urteilten, über die so viel geredet und vermutet wurde, die sogar einer badischen Zeitung ein Verbot einbrachte, hat nun endlich das Licht der Welt erblickt. Die Verordnung geht weit über den Rahmen der bisherigen Notverordnungen sowohl des Reichs wie der Länder hinaus. Die Notverordnung, die den offiziellen Titel „Haushaltsnotverordnung“ trägt, ist ein umfangreiches Gesetzgebungswerk, das im badischen Gesetz- und Verordnungsblatt nicht weniger als 27 Druckseiten, 66 Artikel, umfaßt. Die Notverordnung baut sich auf auf der sog. Dreimonatsverordnung auf und auf den Beschlüssen des Landtags zum Spargutachten. Alle Sparten der Staatsverwaltung, vom Landtag über die Ministerien, bis zu den Gemeinden, sind eingehend durchgearbeitet worden und überall wurde der Sparhebel angefaßt. Die Verordnung enthält eine ganze Reihe einschneidender Veränderungen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, der Gemeindeverwaltung und anderen Gebieten, auf denen die staatliche Verwaltung Einfluß hat. Die Verordnung darf als ein erster Schritt zu der so nötigen Verwaltungsreform bezeichnet werden. Die finanziellen Auswirkungen sind eigentlich angefaßt der umfangreichen Gestaltung der Notverordnung nicht so groß. Etwa 8,8 Millionen Mark sollen eingespart werden; 1,2 Millionen Mark des 10 Millionen betragenden Fehlbetrags sind noch unbedeutend.

Finanzminister Dr. Mattes übertrug Montag nachmittag in einer Zusammenkunft der Vertreter der Presse die Haushaltsnotverordnung der Öffentlichkeit; er gab hierzu längere, laßliche Erläuterungen.

Die Haushaltsnotverordnung enthält zunächst eine Reihe von Bestimmungen, durch welche die außerordentlichen Befugnisse der Dreimonatsverordnung leitens des Landes an die Gemeinden weitergegeben werden. Sie trifft ferner Bestimmungen über eine Reihe von wichtigen Ausgaben und Einnahmensektoren der Gemeinden. Insofern ist die neue Notverordnung eine Haushaltsnotverordnung für die Gemeinden. Der größte Teil der Haushaltsnotverordnung befaßt sich natürlich mit Aufgaben und Fragen des Landes. Hier ist ihr wichtigster Zweck die Deckung des neuen Fehlbetrags in Höhe von etwa 10 Millionen Reichsmark, von dem die Regierung in ihrer Regierungserklärung Mitteilung gemacht hat. Die Regierung hat wiederholt um Ausdruck gebracht, daß sie die Deckung dieses Fehlbetrags auf den Beschlüssen des Landtags zum Spargutachten aufbauen möchte, um dadurch dem Landtag selbst Gelegenheit zu geben, den Weg der badischen Sparpolitik zu bestimmen.

Die Haushaltsnotverordnung verzerrt bereits einen großen Teil der Beschlüsse des Landtags zum Spargutachten, nämlich beinahe alle die, die sofort wirksame finanzielle Vorteile bringen und eine Gesetzesänderung notwendig machen. Insofern könnte man die neue Haushaltsnotverordnung die erste Ausführungsverordnung zum Spargutachten nennen.

Die Ausführung der sofort finanziell wirksamen Beschlüsse des Landtags zum Spargutachten deckt aber nicht entfernt den Fehlbetrag von 10 Millionen Reichsmark, sondern bringt zusammen mit einer Reihe von anderen Verwaltungsmaßnahmen bei allen Ministerien nur eine Ersparnis für den Rest des Rechnungsjahres in Höhe von etwa 4 Millionen Reichsmark. Die Regierung mußte deshalb auch neue Notbestimmungen auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung treffen. Die neue Notverordnung bestimmt in dieser Hinsicht, daß die Besoldung der Beamten bis zum 31. März 1932 um ein Drittel gekürzt und die Pensionen um 80 auf 75 Prozent herabgesetzt werden. All diese Ersparnisse auf dem Besoldungsgebiet bringen aber nur etwa 2 Millionen Reichsmark.

Für die restlichen 4 Millionen RM. ist folgende Deckung beabsichtigt:

## Die wirtschaftlichen Unternehmungen,

die ausschließlich in Staatsbesitz sind, sollen zu besonderen Leistungen in Höhe von etwa 600 000 RM. herangezogen werden. Weiter gibt die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 den Ländern das Verfügungsrecht über die Hälfte der Besoldungsfürsorge auf Grund der Verordnung vom 5. Juni 1931, nachdem das Reich beschloß, hat, selbst weitere 170 Millionen Reichsmark zu Gunsten der Gemeinden mit besonders hohen Wohlfahrtszuschüssen zur Verfügung zu stellen. Durch diese Winderlassung werden weitere 2,2 Millionen RM. des Fehlbetrags gedeckt, so daß im ganzen 8,8 Millionen RM. des Fehlbetrags ausgeglichen sind. Für die restlichen 1,2 Millionen Reichsmark sieht die Haushaltsnotverordnung keine Deckung vor. Das bedeutet aber nicht, daß die Regierung nun tatsächlich auf Grund eines nicht ausgeglichenen Haushaltsplanes weiterarbeiten will, vielmehr soll der Rest des Fehlbetrags möglichst durch weitere Sparmaßnahmen, die auf dem Verwaltungswege ohne Gesetzesänderung durchgeführt werden können, gedeckt werden.

Da die Haushaltsnotverordnung die Verwirklichung des Sofortprogramms im Spargutachten enthält, finden sich in ihr Bestimmungen für alle Ministerien und wurde sie sehr umfangreich. Sie besteht aus 66 Artikeln, die wieder in 6 Abschnitte zusammengefaßt sind.

Der wesentliche Inhalt der einzelnen Abschnitte ist folgender:

### Landtag.

Die Zahl der Abgeordneten wird auf 65 herabgesetzt. Das Staatsministerium wird ermächtigt, das Nähere zur Durchführung dieser Maßnahme durch Verordnung zu bestimmen.

### Ministerium des Innern

Die Vermögensabschreibungen werden erhöht, da sie bisher zum Teil sehr niedrig waren und in keinem Verhältnis zu den Streitwerten und zu der Leistung der Vermögensgegenstände standen. So war z. B. bisher die höchstzulässige Gebühr beim Vermögensgerichtsbüro für Endentscheidungen 120 RM., aus dem, wenn es sich um einen noch so hohen Streitwert handelte. Jetzt wird die höchstzulässige Gebühr von 2000 RM. erhöht. — Für den Pfandbesitzerhandl wird die Konzeptionspflicht und zwar mit folgender Wirkung eingeführt. Die bis zum 1. Juli 1930 d. h. bis zum Inkrafttreten des Gesetzgebungsgesetzes errichteten Pfandbesitzerhandlungen bleiben von der neuen Bestimmung unberührt, da sie sich nach wie vor im vollen Schutze der damals bestehenden Gewerbetreibendfreibei befinden. Die seit dem 1. Juli 1930 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes errichteten Pfandbesitzerhandlungen dürfen ihren Betrieb ebenfalls weiter treiben, wenn sie diesen rechtzeitig anzeigen. Für die Entgegennahme der Anzeige wird eine Sormel von 10 bis 200 RM. erhoben. Rünftig zu errichtende Pfandbesitzerhandlungen bedürfen einer Erlaubnis, für die 20 bis 300 RM. in Zukunft zu entrichten sein werden. Die entsprechenden Sätze für Bayern, das die Pfandbesitzerhandlungen in den letzten Jahren in Deutschland und der bestehende Kapitalmangel zwingt auch den Staat, soweit es in seiner Macht ist, dagegen anzukämpfen. Bei der heutigen Kapitalnot wäre es deshalb z. B. nicht mehr gerechtfertigt, neue Theater, Lichtspielhäuser, Hotels, Gaststätten usw. zu bauen. Um von solchen Bauvorhaben in Zukunft abzuhelfen, kann das Ministerium des Innern für die Erlaubnis der Erlaubnis für solche Bauvorhaben eine Sondergebühr bis zu 10 000 RM. verlangen. — Besitzwohnungsverbände und Bezirksfürsorgeverbände müssen dem Staat in Zukunft für die Tätigkeit der staatlichen Beamten für sie Ersatz leisten. — Der Staatsausdruck an die Kreise wird um weitere 150 000 RM. gekürzt. — Der Zuschuß des Staates zum Gehalt des Präsidenten der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen wird vom 1. April 1932 an gestrichen.

Die Beteiligung des Staats auf dem Gebiet der Viehverpflanzung und der Bekämpfung der Viehseuchen hat in den letzten Jahren wachsende Mittel in Anspruch genommen. Mit Rücksicht auf die großen Lebensverhältnisse soll der von den Versicherten zu tragende Teil der Verbandsumlage bei der Viehverpflanzung von 40 auf 60 Pfa. erhöht werden. Um die Kosten bei der Gebäudemessung zu verbilligen, soll die Gebäudemessung in Zukunft nur von zwei Sachverständigen statt von bisher drei vorgenommen werden.

Das Recht der einzelnen Mitglieder der Bezirksräte, bei der Handhabung der Landespolizei mitzuwirken und selbständige Anordnungen zu treffen, wird beseitigt.

Um den

## Haushaltsausgleich bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden

möglichst zu erreichen und zu fördern, werden folgende Bestimmungen getroffen: 1. Einzelanstellungsverträge können längstens innerhalb 6 Monaten gekündigt werden. 2. Recht der Gemeinderat oder beschließende Ausschuss oder, wenn der Gemeinderat zugestimmt hat, der Bürgerversammlung Vorschläge des Bürgermeisters zum Ausgleich des Haushalts ab, oder handeln diese nicht rechtzeitig, dann kann der Bürgermeister diese Anordnungen selbst treffen. Handelt der Bürgermeister selbständig, so hat er dem Gemeinderat hiervon in der nächsten Sitzung Mitteilung zu machen, dieser kann dann innerhalb einer Woche Einspruch bei der Staatsaufsichtsbehörde erheben, die dann endgültig entscheidet. Diese Bestimmung gilt bis zum 30. September 1932.

3. Gebets- oder rechtswidrige Beschlüsse des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses darf der Bürgermeister nicht durchführen. 4. Die Staatsaufsichtsbehörde kann gegenüber Gemeinden auch die zwangsweise Erfüllung privatrechtlicher Verpflichtungen durchführen.

5. Die Bestimmung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung, daß die Inhaber von Ehrenämtern ihr Amt verlieren, wenn sie aus ihrer Partei auscheiden bzw. ausgeschlossen werden, wird aufgehoben, wenn die Urteile dieses Ausschusses die Tatsache ist, daß die betreffenden Maßnahmen, die zum Ausgleich des Haushalts erforderlich waren, aufgegeben wurden.

6. Die Amtsbeurteilung der Bürgermeister wird bis 1. Mai 1933 verlängert.

7. Die Gemeinden müssen ihre bisherigen Bestimmungen über die Entschädigung der Gemeinderäte bis zum 31. Oktober 1931 der Staatsaufsichtsbehörde vorlegen. Beanstandet die Staatsaufsichtsbehörde diese Bestimmungen innerhalb 2 Wochen, dann treten diese außer Kraft und die Gemeinden müssen neue Bestimmungen treffen, welche die Staatsaufsichtsbehörde nicht für zu hoch hält. 8. Die Tagelöhner- und Reisekostenabrechnung der Mitglieder der Gemeinderäte, der Gemeindevorstände und der Gemeindevorstandesbeamten werden in Zukunft allgemein durch Verordnung des Ministeriums des Innern bestimmt, um hier eine gleichmäßige und richtige Regelung für die Zukunft zu erreichen, während die Stadtgemeinden und Städte bisher das Recht hatten, diese Fragen durch Gemeindebeschlüsse zu regeln.

Nachdem das Kabinet vom 9. Juli 1931 bereits die Bestimmung entließ, daß die Gehälter der Verwaltungsbeamten denen vergleichbarer Landesbeamten anzupassen sind, erweitert die Haushaltsnotverordnung diese Maßnahme dahin, daß nun auch die Angehörigen der Gemeinden und zwar sowohl in Bezug auf ihre aktiven Bezüge wie in Bezug auf das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung, nicht befürwortet werden dürfen als vergleichbare Beamte oder Angehörige des Landes.

9. Entsprechend den vorstehenden Bestimmungen muß die Versorgungsanstalt für Gemeinde- und Kreisverwaltungsbeamte auch die Bezüge der Pensionen herabsetzen, bis von ihr bereits Ruhegehalt bzw. Versorgungsbezüge erhalten. Außerdem soll die Anstalt das Recht erhalten, die Versicherten selbst zur Umlagezahlung heranzuziehen.

10. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Bestimmungen über die Bezüge der bei ihnen beschäftigten Personen mit Wirkung vom 1. November 1931 durchzuführen und den Vollzug bis 1. Dezember 1931 anzunehmen. Das gleiche gilt für die Fürsorgeämter, die den Vollzug bis zum 31. Dezember 1931 nachzuholen hat.

11. Die in der Haushaltsnotverordnung enthaltenen neuen Bestimmungen für die Landesbeamten über Beförderung und Aufstufung, Dienstalterszulagen, sonstige Zulagen, Änderungen des Besoldungssystems und des Beamtenrechts und der Pensionsfürsorge im Falle von Doppeldienst, finden entsprechend auf Beamte und Angestellte der Gemeinden und Gemeindeverbände Anwendung.

Um die Einnahmen der Gemeinden zu verbessern bzw. die Gemeindevorstände zu verbilligen, werden die Bestimmungen in der alten Gemeindeordnung über die Befreiung des Bürgermeisters bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1935 aufgehoben und die Befreiung von Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern in der Verordnungsweg gestrichelt.

Im Interesse einer beschleunigten Durchführung all dieser Maßnahmen wird bis zum 30. Dezember 1932 die Staatsaufsicht über die Gemeinden, soweit sie nicht der Minister des Innern selbst vorbehalten, vom Landesminister ohne den Beirat und vom Bezirksamt ohne den Bezirksrat ausgeübt.

Um die Fürsorgeämter zu verringern, erhält das Staatsministerium das Recht, die Arbeitspflicht in Arbeitshäusern für solche arbeitsfähige Bedürftige einzuführen, die infolge ihres sittlichen Verfalls der öffentlichen Fürsorge entweder selbst anheimfallen oder einem Unterhaltsberechtigten anheimfallen lassen, und für wandernde Personen in Baden allgemein den Besitz eines in Baden ausgefertigten Wanderbuchs vorschreiben.

### Im Gebiet des

### Justizministeriums

werden folgende Änderungen getroffen: Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte wird allgemein bis zu 100 RM. erhöht. Die Gemeindegrundbuchämter werden spätestens auf 1. April 1932 ebenso die Beamten der Gemeindegrundbuchämter grundsätzlich vom Staate übernommen. Das Justizministerium erhält das Recht, die Anteile der Notare an den wandelbaren Besoldungen für wahlfreie Geschäfte herabzusetzen.

Da das

### Ministerium des Kultus und Unterrichts

im letzten Jahrzehnt eine besonders starke Erhöhung der Ausgaben mit sich gebracht hat, sollene hier auch besondere Vereinfachungen durchgeführt werden. Badene hat eine Reihe von Schulen, die gemessen an ihrer Größe und an ihrem Aufwand, heute nicht mehr gerechtfertigt werden können. So besitzt z. B. Baden zur Zeit noch 34 Zwerghochschulen, die weniger als 20 Schüler haben. Diese sollen aufgehoben werden. Die Gemeinde kann diese Aufhebung in Zukunft nur dann abwenden, wenn sie die Kosten des persönlichen Aufwandes selbst übernimmt.

Die Gefahr einer weiteren Verteuerung des Volksschulwesens droht durch ein vorübergehendes Ansteigen der Schülerzahl in den Volksschulen. Dies vorübergehende Ansteigen der Schülerzahl erfordert vorübergehend neue Lehrkräfte. Nach den bisherigen Bestimmungen des Schulgesetzes müßten diese neuen Stellen als Hauslehrerstellen errichtet werden und würden dadurch eine dauernde Einrichtung. Um dies zu vermeiden, wird bestimmt, daß sie nur als Lehrstellen verwendet werden.

Das Unterrichtsministerium hat die Erlaubnis gemacht, daß die Erkannten bei den Lehrerinnen ein Plekchtes bei den Lehrern übertragen. Es hat deshalb die Absicht, bei allen Lehrerinnen, so-

weit es sich nicht um Schulleiterinnen handelt, mit Wirkung vom 1. April 1932 an das Stundenbezug und entsprechend die Bezahlung um 10 Prozent herabzusetzen. Durch diese Herabsetzung des Stundenbezugs wird die Möglichkeit geschaffen, eine größere Anzahl von Junglehrern, Jungassistenten und Jungassistentinnen im Staatsdienst zu behalten bzw., soweit notwendig, neu einzustellen, für die sonst beim Staate keine Verwendung wäre.

Eine wesentliche Verteuerung bei den Fortbildungsschulen und Fachschulen ist dadurch entstanden, daß durch die Aufteilung der Fortbildungsschulpflichtigen Jugend auf allgemeine Fortbildungsschulen, gewerbliche Fortbildungsschulen und Fachschulen sehr viel kleine, nicht lebensfähige Schulen geschaffen wurden. So hat Baden zur Zeit 32 gewerbliche Fortbildungsschulen mit weniger als 20 Schülern und in manchen Gemeinden nur noch wenige Fortbildungsschulpflichtige für die allgemeine Fortbildungsschule. In all diesen Fällen soll es in Zukunft möglich sein, Fortbildungsschulpflichtige einer gewerblichen Fortbildungsschule zuzuweisen und kleine gewerbliche Fortbildungsschulen zugunsten benachbarter gewerblicher Fortbildungsschulen oder Fachschulen aufzuheben.

Die Zahl der übergestellten Lehrstellen wird in der Zukunft aus verschiedenen Gründen verringert werden. Wird eine gemeinlich übergestellte Lehrstelle aufgehoben, so würde nach bisherigem Recht davon allein die Gemeinde einen Vorteil haben, während der Staat die Last des Ruhegehalts zu tragen hat bzw. für seine anderweitige Verwendung sorgen muß. In diesen Fällen soll die Ersparnis in Zukunft zwischen Land und Gemeinden in der Weise geteilt werden, daß der Gemeinde  $\frac{2}{3}$  verbleiben und der Staat  $\frac{1}{3}$  erhält. Bisher hat der Staat alle Lehrstellen bezahlt, die sich auf Grund einer Schülerzahl von 55 ergaben. Stief bei dieser Teilung ein Rest von weniger als 55, so beschafte der Staat hierfür ebenfalls nochmal eine Lehrstelle. Für diese letzte Lehrstelle wird der Staat in Zukunft die Kosten nicht mehr übernehmen, da hier die Möglichkeit besteht, diese Lehrstelle dadurch einzusparen, daß man den Rest der Schülerzahl auf die übrigen Stellen verteilt. Da die Durchführung dieser Ersparnisse und Vereinfachungen in den nächsten Jahren viel Veränderungen zur Folge haben wird, wird das Unterrichtsministerium ermächtigt, diese Veränderungen in Zukunft allein vorzunehmen, und die Gemeinden erhalten nur noch die Möglichkeit, sich zu den beabsichtigten Maßnahmen des Unterrichtsministeriums zu äußern, das ihnen die beabsichtigten Verteilungen mitteilen wird. Diese Bestimmungen gelten nicht für leitende Posten.

Entsprechend der Bestimmung, daß die Deputate und die Bezüge der weiblichen Lehrkräfte um 10 Prozent gekürzt werden, können auch männliche Lehrkräfte eine Herabsetzung ihrer Bezüge und ihrer Deputate durch freiwilligen Verzicht erreichen. Zwischen der Höhe der Bezüge und der Höhe des Deputats wird dadurch eine innere Beziehung geschaffen.

Das Unterrichtsministerium ist ferner ermächtigt, bei allen in sein Gebiet gehörenden Hochschulen, Anstalten, Theater usw. die Bezüge, Kollegialgehälter, Reisekosten-Garantien, Vergütungen für Lehrbeauftragte usw. zu kürzen. Das Gleiche gilt auch für die Gemeinden, die ähnliche Einrichtungen oder Anstalten besitzen.

Die Maßnahmen der Regierung auf dem

## Gebiet der Beamtenbesoldung

sind dadurch gekennzeichnet, daß keine weitere allgemeine Gehaltskürzung vorgenommen wird und auch die sonstigen Bezüge über das nicht hinausgehen, was andere Länder bereits beschlossen haben. Baden scheidet nur die finanzielle Wirkung der Aufstufung bzw. der Beförderung um ein Jahr hinaus. Die Beamten können deshalb wie bisher aufstufen und befördert werden, nur mit dem Unterschied, daß sie die Bezüge aufgrund der neuen Stelle erst ein Jahr später erhalten, als dies aufgrund der bisherigen Bestimmungen sonst der Fall gewesen wäre.

Entsprechend dem Vorhaben anderer Länder wird die Zeit bis zum Aufstufen in die nächste Dienstaltersstufe um 2 Jahre verlängert. Die Zulagen aufgrund der Beförderung und aufgrund des Staatshaushaltsplans werden bis zum 1. April 1932 um ein Drittel gekürzt und sollen im nächsten Staatshaushalt in ihrer Zahl verringert werden. Der Höchstlohn für die Ruhegehalt wird von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt. Für die Höchstgrenze des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung gelten die jeweiligen Bestimmungen des Reichs.

Die Haushaltsnotverordnung trifft dann noch wesentliche neue Bestimmungen über die Erlassung der Nebeneinkünfte. Bezüglich dieser Nebeneinkünfte der in den Ruhestand verletzten Beamten wird die Bestimmung getroffen, daß das Arbeitseinkommen aus dem Betrieb der Landwirtschaft, eines Gewerbes, aus freier Berufstätigkeit oder in Form von Lohn- oder Honorararbeiten auf das Ruhegehalt angerechnet wird, wenn es jährlich 1000 M. und zusammen mit dem Ruhegehalt das letzte Dienstentgelt übersteigt.

In Bezug auf die Ermittlung der Hochschulprofessoren hat das Staatsministerium nach längeren Beratungen beschlossen, sich Preußen anzuschließen, die Dienstbezüge der ihren Amtspflichten entbundenen Hochschulprofessoren um 10 v. H. zu kürzen und in Zukunft die Bestimmungen des allgemeinen Beamtenrechts anzuwenden. Die Zurubelegung der Hochschulprofessoren erfolgt nach dem 68. Lebensjahre.

Um die Tore der Staatsverwaltung für die jüngere Generation offen zu halten, wurde ferner beschlossen, für die Pensionierung von planmäßigen Beamten vorübergehend Erleichterungen zu schaffen. Nach diesen Bestimmungen können bis zum 30. September 1932 planmäßige Beamte wegen Verminderung der Stellen ihrer Laufbahn in den einstufigen Ruhestand versetzt werden und bis zum 31. März 1935 ist die Verteilung in den einstufigen Ruhestand auch dann möglich, wenn sich der Beamte dauernd den an ihn zu stellenden dienstlichen Anforderungen nicht mehr voll gemessen zeigt. Diese beiden Maßnahmen sind befristet, weil sie als Notmaßnahmen für die Gegenwart nicht zu vermeiden sind, aber es das Ziel der Regierung ist, auf die Dauer gehen, die bisherigen Beamtenrechte möglichst beizubehalten.

Schließlich wird das Staatsministerium ermächtigt, die Bezüge der Beamten monatlich nachträglich oder in Raten zahlen zu lassen. Die bisher erwähnten Bestimmungen für die Beamten gelten sinngemäß auch für die Angestellten. Die Anwendung dieser Bestimmungen auf die Sicherheitsbeamten ist dem Staatsministerium vorbehalten. — Im Interesse der Vereinfachung der Steueranlagung wird bestimmt, daß das Finanzministerium ermächtigt wird, die Entscheidung über Steuerfreiheit und Steuerermäßigung bei der Grundsteuer, die es bisher selbst getroffen hat, an andere Stellen — gedacht ist in erster Linie an die Bezirksämter — zu übertragen und daß bei der Gebäudebesitzersteuer das Bezirksamt bzw. der Landesminister bei Bescheidenden endgültig entscheidet.

Außerdem wird das Finanzministerium ermächtigt, für ein Darlehen an die Kreisverwaltungen in Kantinen eine selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Dieses Darlehen soll dazu dienen, Schulden, die durch die Errichtung und Inbetriebnahme dieser Kreisverwaltungen an Dritte und an den badischen Staat entstanden sind, zum Teil zurückzubehalten. Insofern ist diese Bürgschaft ein Mittel des Ausgleichs des Staatshaushalts.

In den Schlussbestimmungen erhält das Staatsministerium allgemein die Ermächtigung, besondere Härten im Einzelfalle zu mildern. Weiter wird allgemein bestimmt, daß in allen den Fällen, wo in Gesetzen die Bestimmung enthalten ist, daß gegen Entscheidungen einer Staatsbehörde das Recht der Beschwerde im Verwaltungsverfahren und daneben der Weg der Verwaltungsgerichtlichen Klage vorzuziehen ist, das Staatsministerium anordnen kann, daß der eine Weg den anderen ausbleibt oder überhaupt nur das eine Rechtsmittel zugelassen wird.



# Bebel und die Parteieinheit

Im Zusammenhang mit den unerfreulichen Ereignissen in der Partei, die zum Ausschluß von einigen Abgeordneten und zu einer „Spaltung“ in den Organisationen führten, hat hier und da ein Kritiker von jener Sorte, die an der Sozialdemokratie kein gutes Haar zu lassen pflegt, auf die ungeschickten, leidenschaftlichen Meinungskämpfe in unserer Bewegung vor dem Weltkrieg hingewiesen; der Name August Bebel trat dabei vielen ausgesprochen oder unausgesprochen auf die Lippen. Nun läßt sich, namentlich was die Voraussetzungen für die taktische Haltung der Partei angeht, das wilhelminische Kaiserreich kaum mit der Republik vergleichen. Bebel, mit dessen Tod 1913 das erste Jahrzehnt der sozialdemokratischen Entwicklung unumwiderrlich abschloß, hatte seitens der drei breiten Volksmassen feindlichen Staat vor Augen, in dem noch dem letzten Nachtwächter und Gemeindefürsten verwehrt war, zur Partei der Arbeiterklasse zu gehören; wiewohl gewaltige Fortschritte es auf dem Wege der Parteiarbeit, als er den bodenlosen Budgetbewilligungen die Auffassung nachgab, in zehn Jahren werde jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen. Das erschien 1910 als Utopie, als Märchen, als Phantastik!

Auf der anderen Seite wirkte Bebel nach dem Fall des Kaiserreiches, das heißt: in dem Vierjahrhundert, in dem er zu seiner eigentlichen geschichtlichen Größe heranwuchs, unter solchen normalen politischen Verhältnissen. Die Entscheidungen der nachher abgelehnten mächtigsten Partei des Reichs waren für die Entwicklung Deutschlands ohne Zweifel sehr bedeutungsvoll, aber eine unmittelbare Katastrophe konnte durch parlamentarische Ja oder Nein weder vermieden noch heraufbeschworen werden; eine Krise, wie die heute, in der ein taktischer Fehler der Sozialdemokratie sofort eine Lawine unheilvoller Folgen für die Nation zu entfesseln vermag, hat Bebel nie erlebt. Gleichwohl war er nie lässig, nie lau, wurde er zum Eiferer und Fanatiker, wenn er das Höchste bedroht glaubte: die Einheit und Geschlossenheit der Partei. „Ohne Einheit der Grundsätze und Ueberzeugungen“, schloß er auf dem Dresdener Parteitag seine aufwühlende Rede, „ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf, keine Weisheit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erringen.“

Freilich wüßte er entscheiden ob, wenn die Möglichkeit auftauchte, das dieser Einheit und Geschlossenheit der Partei die Meinungsverschiedenheit zum Opfer gebracht werden sollte. Gegenüber zu verfehlten und zu verurteilten war nicht sein Fall, und daß in einer Parteipolitik Widerspruch sich an Widerspruch verbinde, dünkte ihn ein Zeichen der Kraft und Gesundheit; nichts verdrückte ihn für eine Massenbewegung als die vorerfüllte äußere Einheit der Parteimitglieder. Das in Tragen der Taktik nicht alle Parteigenossen unter einen Hut zu bringen waren, schien ihm sehr erklärlich. „Die Frage nach der besten Taktik“, führte er in der Neuen Zeit vor dem Erfurter Parteitag aus, „ist nicht für immer zu entscheiden, weil sie nicht von dem Willen der Partei, sondern ganz wesentlich von dem Verhalten und der Macht der Gegner beeinflusst wird. Solange ich dem Gegner gegenüber der schwächere bin, ist es, der mir die ihm gegenüber zu beobachtende Taktik gewissermaßen diktiert. Da aber sowohl die Kräfte der Partei als auch die verschiedenen Beurteilungen unterliegen, je nach dem Maße von Einsicht und Wissen, das die Einzelnen unter uns haben, oder nach dem Naturell, das sie beherrscht, so liegen Meinungsverschiedenheiten sehr nahe, und sie werden dann besonders sich geltend machen, wenn eine Situation sich verändert hat. Die gegenwärtigen Auffassungen galt es in offener Aussprache zu klären, die es jederzeit bedarf; einer Partei ohne Meinungsverschiedenheiten wolle er zu den Toten entsenden, weil er hoffte, dort Opposition zu finden. Reberichter? „Bei uns gibt es keine Dogmen und folglich keine Reberichter!“

Über so sehr ihm „vollkommenste Meinungsfreiheit“ als Wesensgrund der Sozialdemokratie erschien, so wenig machte er aus der Meinungsfreiheit einen Fetisch, dem zuliebe die Partei rubia Schanden erleiden konnte. Wenn Klagen über Verengung der Meinungsfreiheit im Herzen unserer Anhänger leicht Widerhall finden, ist es doch ein böser Trugschluß, so sagen: Seht, die für die Meinungsfreiheit im Staat den Mund aufreißt, inebald die Meinungsfreiheit in der Partei! Staat und Partei sind nämlich sehr verschieden. Der Staat ist eine Zwangsgemeinschaft, in die der Bürger hineingeboren wird, die Partei eine freiwillige Gemeinschaft, in die der Bürger freiwillig eintritt. Das Staatsleben besteht in dem Widerstreit durchaus entgegengesetzter Anschauungen und Kräfte, das Parteilieben in der Zusammenfassung aller Kräfte in einer Richtung. Bleibt dessen unachtet Meinungsverschiedenheit auch in der demokratischen Partei eine Notwendigkeit, so findet sie doch früher ihre Grenzen als im demokratischen Staat. Das empfand auch Bebel, als er in Dresden amnützig ausrief: „Ei der teufel, wenn das Meinungsstreit ist, daß jeder in jedem Blatt schreiben kann, was er will, ohne Rücksicht auf das Parteiministerium zu nehmen!“, und sehr ernst tat er nach dem Wiesener Parteitag dar: „Auf die Dauer verträgt es keine Partei ohne Schaden und am allerwenigsten die unsere, weil sie Feinde und zwar Todfeinde ringsum hat und ein festes, geschlossenes, einheitliches Handeln für ihre Erfolge und ihre Propaganda bei den Massen eine Lebensnotwendigkeit ist, daß ihre prinzipiellen und taktischen Grundlagen unausgesprochen in Zweifel gezogen werden, und eine Kritik sich herausbilde, die den Eindruck macht, als werde sie nur geübt aus Freude an der Kritik und ohne Rücksicht auf die Stellung einer nach allen Seiten gleichzeitigen kämpfenden Partei“. Vor allem aber war ihm eins so selbstverständlich wie das Ainen, daß nach dem Austrag von Meinungsverschiedenheiten keine das Handeln in Frage kam, die Minderheit die Beschlüsse der Mehrheit befolgte.

Der Versuch gar, die Partei zu spalten, erschien einem Bebel, dessen Herz noch Narben trug von den Bruderkämpfen zwischen Parteiführern und Eisenadern, als das fluchwürdigste aller Verbrechen, als die Sünde wider den heiligen Geist. Schon die Sonderkonferenzen der „Rechten“ und „Linken“, die sich, ohne daß auch nur im Traum jemand an die Vorbereitung einer Spaltung gedacht hätte, vor 1914 in der Reichstagsfraktion und auf Parteitagen einberufen hatten, gingen ihm sehr wider den Strich, aber nicht befehle ihn auch wieder die feste Zuversicht, daß jede Spaltungsabsicht am gefundenen Sinn der Sozialdemokratie in Massen scheitern werde. Wie häufig hatten noch alle Parteiposter geendet! „Es sind Entlohen in der Geschichte der Partei“, meinte er etwas verächtlich in Magdeburg, „wo ähnliches vorkam. Ich erinnere an Brüder, der 1875 von der Vereinigung nichts wissen wollte, der aus der Partei ausstieg und mit seinem kleinen Stieflein jahrelang unbekannt wie ein Reichen am Wege geblüht hat. Rein Sabat hat nach ihm geträbt. Hagemann verfuhr ebenfalls die Partei zu spalten. Auch

Moft verfuhr es. Sie sind aus der Partei hinausgeschoben worden, und die Partei ist weitermarschiert.“ So wird auch, trotz des neuesten Spaltungsversuchs, die Partei in geschlossener Front weitermarschieren!

Hermann Wendel.

## Treu zur Partei!

Zwickau, 12. Okt. (Eig. Ber.) Der Bezirk Zwickau-Plauen (Südwestschlesien) der Sozialdemokratischen Partei ist das von der Spaltungsaktion der Sozialdemokratie und Sozialisten am meisten betroffene Gebiet. Hier hat Seodewitz ein Jahr lang gewirkt, hier war er Bezirksvorsitzender und Chefredakteur des Sächsischen Volksblattes in Zwickau. Trotzdem ist das Ergebnis der Agitation für die Spaltung erstaunlich gering.

Der Parteibeirat weist von Norden nach Süden die folgenden Hauptorte auf: Crimmitschau, Weidau, Zwickau, nach der vogtländischen Seite hin Reichenbach und Plauen, nach dem Erzgebirge hin Aue, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt. Alle diese Zentren des Parteilebens sind durchweg in der Hand der Sozialdemokratischen Partei geblieben. Crimmitschau, Weidau, Reichenbach, Aue, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt fast vollständig, in Zwickau und Plauen werden sich Mitglieder der Ortsvereine zur neuen Partei stellen. Die vorläufig festzustellenden Abwanderungen betragen hier höchstens 10-20 Prozent.

Der Parteibeirat Zwickau-Plauen war zweifellos zunächst von allen Bezirken am härtesten gefährdet; die Stagesnachrichten, die die Spalter aber gewissenhaft verbreiten, treffen nicht im allergeringsten zu. Vielmehr kann heute schon als feststehend bezeichnet werden, daß bei aller Sympathie, die die von Seodewitz empfohlene Ablehnung der Tolerierungspolitik schließlich hier und dort gefunden hat, sein Spaltungsversuchen von der großen Masse der Funktionäre und aktiven Parteimitglieder auf hartnäckige und entschiedene Ablehnung stößt. Als zureicher Beweis dafür kann gelten, daß nur drei oder vier von den mehreren hundert im Bezirk vorhandenen Vertretern der Partei in Gemeindefunktionen den Weg zu den Spaltern gefunden haben.

# Calmette-Prozess in Lübeck

## Das Lübecker Kindersterben vor Gericht

Am gestrigen Montag wurde vor der Lübecker Strafkammer das grauenvolle Lübecker Kindersterben, das durch die Verfüttung falsch behandelte Calmette-Präparate verursacht worden ist, aufgeführt. Professor Deule von Lübeck Krankenhaus (berühmt durch Professor Albersberg-Berlin), Professor Klotz vom Kinderhospital, Obermedizinalrat Dr. Altschmidt, der Leiter des städtischen Gesundheitswesens, und die Kranke Anna Schöne sind angeklagt, durch Fahrlässigkeit den Tod von 75 Kindern und die Enttarnung weiterer 100 Kinder verursacht zu haben. Mehr als hundert Eltern erhielten Zulassung als Nebenkläger. Eine große Anzahl von selbstbestimmten Sachverständigen gaben Gutachten ab. Zahlreiche Ärzte und 30 Geborenen-Schwestern, die das Calmette-Serum verfütteten, sind als Zeugen geladen.

### Der Totentanz

Am 18. November 1929 entfiel das Lübecker Gesundheitsamt auf besonderen Rat von Obermedizinalrat Dr. Altschmidt und Professor Deule, daß sämtliche neugeborenen Kinder mit dem von Professor Calmette in Lübeck hergestellten BCG-Kulturen des Pariser Calmette zu füttern seien. Insofern die Eltern ihre Einwilligung dazu nicht verweigerten. Die beiden Ärzte unterließen es, darauf hinzuweisen, daß der Reichsgesundheitsrat, ebenso wie wissenschaftliche Autoritäten ersten Ranges, vor der Schätzung gewarnt hatten. Man hat auch, wie ein Untersuchungsausschuß später feststellte, keine vollständige räumliche Trennung aller mit der Calmette-Kultur zusammenhängenden Arbeiten von dem übrigen Laboratoriumsbetrieb vorgenommen, ja nicht einmal die Calmette-Bazillenkulturen von Kulturen menschlicher Tuberkeln aus einandergehalten. Mithin fielen ein Säugling nach dem andern — die Opferliste steigt erschreckend — erst beim fünfundsechzigsten Tage Schmitzer Tod die Seele weh.

### Voruntersuchung

Die Lübecker Bürgerliste hatte vor Jahresfrist den Ausschuss für Wohlfahrt und Gesundheitspflege mit der Untersuchung des Unglücks beauftragt. Zwei Gutachten wurden abgegeben, ein Mehrheitsbericht und ein Minderheitsbericht. Während der Mehrheitsbericht die Fahrlässigkeit der Ärzte rücksichtslos aufzeigte, verfuhrte die Minderheit des Ausschusses die Ärzte in Schutz zu nehmen und Milderungsgründe zu finden.

# Volkswirtschaft

Reichsverband gewerblicher Genossenschaften in Baden Der Reichsverband gewerblicher Genossenschaften in Baden hielt im großen Saal des „Krotodit“ in Karlsruhe seinen sehr gut besuchten 25. Genossenschaftstag ab.

Verbandsdirektor Dennis-Ratzebe erinnete an den schweren Erstensatz des Handwerks, unterließ den hohen Wert der Selbsthilfe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und bebatte dann der Verdienste des verstorbenen Verbandsdirektors Carl Vaez, der 16 Jahre lang an der Spitze des Verbandes gestanden hat. Er widmete ferner ebendiese Worte des Gedankens den verstorbenen Handwerkskammerpräsidenten Groß-Mannheim und Sauer-Rantzen. Dabei stellte er im weiteren Verlaufe seiner Ansprache eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes fest, der heute über 80 Genossenschaften mit 10000 Mitgliedern in sich vereinigt. — Am Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Reichsverbandes l. N. Lohr über „25 Jahre Reichsverband, Rückblick und Ausblick“. Nach einem geschichtlichen Rückblick kam der Redner zu dem Schluß, daß das badische Handwerksgenossenschaftswesen auf einer gesunden Grundlage stehe. Den Kollisionsbericht erlosche ebenfalls 2 p. 11. Dem Verband gehören 86 Genossenschaften an. Hieron fallen auf das Baden- und Rheinland 12. Die Mitgliederzahl von 70 beteiligten Genossenschaften beträgt 9132 gegen 9044 i. J. 1929. Der Verband beschäftigt sich besonders eingehend mit Fragen aus der Steuererleichterung. Die grundsätzliche Einstellung geht dahin: Die Genossenschaften verlangen keinerlei steuerliche Ausnahmen oder Sonderbestimmungen, doch wünschen sie mit Nachdruck die Berücksichtigung ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Struktur, sowie die ihre Betätigung nur auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt.

### Die Diskontierungen in Paris und Neugorf

Frankreich verteidigt seine Bankeinlagen Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben fast gemeinsam ihren Diskontsatz heraufgesetzt. Zwar rechnet man in diesen Ländern immer noch mit einem Zinsfuß, der nach unserer Auffassung niedrig, um rund 3 Prozent liegt. Der Satz ist aber für diese Länder hoch genug, daß allgemein betont wird, die Zeit des billigen Kriegeneldes ist vorbei.

Der Heranführung des französischen Diskontsatzes ist besonders das französische-nordamerikanische Verhältnis äußerst interessant. Jedenfalls wird der französische Regierung von den Nordamerikanern der Vorwurf gemacht, sie bestimme durch den hohen Dis-

# Aus aller Welt

## Weitere Schwalbentransporte des Wiener Tierzuchtvereins

CPA, Konstantinopel, 12. Okt. In einem Sonderflugzeug sind hier eine Schar Schwalben aus Wien eingetroffen und bei schönem warmem Wetter freigelassen worden. Es waren 4000 Vögel, die der Wiener Tierzuchtverein nach Konstantinopel geschickt hat. Einige haben die Reise nicht überstanden, aber die meisten kamen wohlbehalten an. Ein weiteres Flugzeug mit 5000 Schwalben wird morgen erwartet.

## Bankpleite in Braunschweig

Braunschweig, 12. Okt. (Eig. Draht.) Das Bankhaus Rathhahn Nachf. in Braunschweig, das letzte freie Privatbankhaus in Braunschweig, hat nun auch seine Schalter geschlossen. Die Gläubiger dürften einen erheblichen Verlust erleiden.

## Zuchthaus für Reichsbeamte!

Wier der Veruntreuung von 335 000 M angeklagte Beamte des Reichsamts für Landesaufnahme in Berlin wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu Zuchthaus verurteilt. Der Verwaltungsratsamtmann Wolff erhielt 4 1/2 Jahre Zuchthaus, Regierungsbaumeister Blum 3 Jahre Zuchthaus, Regierungsobersekretär Boer 2 Jahre Zuchthaus, Regierungsekretär Wendt 2 Jahre Zuchthaus. Außerdem wurde auf Ehrverlust erkannt. Die Angeklagten beteuerten bis zuletzt ihre Unschuld und hüten um Freilassung.

## Riefenbetrugsfall bei der Reichsbahn

In Koblenz ist die Staatsanwaltschaft einem Riefenbetrugsfall an dem etwa 50 Beamte der Reichsbahn beteiligt sind, auf die Spur gekommen. Es sollen falsche Rechnungen ausgestellt worden sein, in denen für nicht geleistete Dienste hohe Beträge eingeleistet wurden, die dann von den Beteiligten bei den Rechnungsstellen eingezogen wurden. Die Durchrechnungen sind zum Teil verjährt. Der beteiligte Speibitzer ist vorläufig verhaftet worden.

### Altschmidt

Obermedizinalrat Dr. Altschmidt ist nach Auffassung des Untersuchungsausschusses zur Last zu legen, daß er 1. von der ihm bekannten Warnung des Reichsgesundheitsamtes dem Chef der Behörden, Senator Mehrlein, seine Mitteilung gemacht hat, daß er 2. dem Reichsgesundheitsamt die bestmögliche allgemeine Einführung nicht mittelste und keine Erfahrungen dort einso, daß er es 3. unterließ, eine ständige gesundheitliche Ueberwachung der mit BCG gefütterten Säuglinge anzuordnen, daß er 4. die nicht verfütteten Impfstoffe am 26. April nicht zurückzog, den Chef der Behörde erst 10 Tage später benachrichtigte und fast drei Wochen lang Ärzte und Eltern über die den gefütterten Kindern drohende Gefahr im unklaren ließ und daß er 5. in Bezug auf die Tierverfüttung unrichtige Angaben machte.

### Deule

Professor Deule ist zur Last zu legen, daß er 1. die Herstellung der Calmette-Kulturen übernahm, ohne in seinem Laboratorium entsprechende Vorkehrungen zu treffen, daß er 2. unterließ, die von ihm während mehr als 6 Monaten fortgesetzten BCG-Kulturen vor der Anwendung bei Menschen durch einen Tierversuch auf ihre Unschädlichkeit hin zu kontrollieren, daß er 3. in Erkenntnis der Gefährlichkeit des Mittels die Aufschwemmungen vernichtete, statt sie für eine neue Untersuchung sicherzustellen, daß er 4. keine Schritte unternahm, um die weitere Verfüttung des ausgegebenen, aber noch nicht verfütteten BCG-Materials nach dem 26. April zu verhindern.

### Klotz

Professor Dr. Klotz ist zur Last zu legen, daß er 1. von den ihm bereits Ende März bekannt gemordenen Befunden bezüglich der Unschädlichkeit der BCG-Fütterung weder Professor Dr. Deule noch Obermedizinalrat Dr. Altschmidt Mitteilung machte, daß er 2. sogar am 19. April, als im Kinderhospital ein Todesfall vorlag, den er selbst mit großer Wahrscheinlichkeit auf die BCG-Fütterung zurückführte, keine Meldung machte und nichts unternahm, um eine Einstellung des Versuchens herbeizuführen.

Es ist zu hoffen, daß das Lübecker Gericht, das diesmal die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit auf sich lenkt, seinen Spruch mit der größten Objektivität fällt. Die fünfundsechzig toten Säuglinge werden davon freilich nicht zum Leben erweckt.

kontinenz den Abzug von Geld aus Nordamerika und ermöglichte nordamerikanische Goldverläufe.

Ohne Zweifel will Frankreich in erster Linie durch die Diskontierung die Einlagen seiner Banken verteidigen. Die Sparguthaben der französischen Bevölkerung sollen nicht in den Strumpf fließen. Weiter wird selbstverständlich der französische Bankpolitik die andere Begleiterscheinung der Zinserhöhung, der Abfluß von nordamerikanischem Geld nach Frankreich nicht unangenehm sein.

# Soziale Rundschau

## „Arbeiterwohlfahrt“ Nr. 19/1931

Das neue Heft der „Arbeiterwohlfahrt“ bringt nach einem „Aufruf zur Solidarität“ als Leitartikel den Aufsatz des Genossen R. Arnold-Steinhilber, „Bemerkungen zur Naturalversorgung der Hilfsbedürftigen“. Genosse Arnold-Steinhilber behandelt dieses Problem auf Grund seiner diesbezüglichen Erfahrungen im Landkreis Spvrottau sehr ausführlich. Er erwidert das Für und Wider dieser Maßnahmen und kommt zu dem Schluß, daß die Naturalversorgung keine sozialistische Durchgestaltung, sondern nur eine Notwehrmaßnahme der Füllorgane sei und daß man eine gesetzmäßige Verstaatlichung ablehnen müsse. Es folgt dann eine aussagevolle Wiedergabe eines Artikels in der „Gewerkschaftszeitung“ zu dem Problem „Barunterstützung oder Naturalversorgung für die Arbeitslosen“. Auch hier wird auf die Gefahren der geistlichen Einführung der Naturalversorgung hingewiesen. Genosse Dr. Hans M. A. ter betont in seinem Aufsatz „Die finanzielle Bedeutung des Erstattungsweßens“, wie wenig bedeutsam sich die Erstattungsforderung finanziell auswirken würde. Genosse Friedländer nimmt in seinem Aufsatz „Kollektalbeiträge der Jugendämter“ Stellung gegen die diesbezüglichen Entscheidungen des Kammergerichts. Recht interessant und aufschlußreich ist der Artikel der Genossin Wachenheim „Deutsche — Innere Mission“, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Reichsbehörden es an einer genügenden Kontrolle und Gerechtigkeit bei der Verwendung der öffentlichen Mittel haben fehlen lassen. Es folgt ein Bericht über die Stellungnahme der „Arbeiterwohlfahrt“ zu den Sparprogrammen für die Wohlfahrtsvereine. Mitteilungen, Zeitschriften- und Bücherlisten schließen das Heft.









# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

13. Oktober

1865 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein gerichtlich geschlossen. — 1913 Yuan Shikai Präsident der Republik China. — 1928 Straßenkämpfe in Sofia. — 1925 Reichsbannerprozess Gresemühlens (7 Jahre 10 Monate Gefängnis). — 1929 Australien: Wahlen der Arbeiterpartei.

## Führergemeinschaft

Dat da letzten Dienstag ein SA-Mann in der Nähe des Bankhauses Somburger ein Bündel Geldscheine im Betrage von 2000 M gefunden und sie der inzwischen namhaft gemachten Verliererin abgeben. Der Führer berichtet über diese ehrliche Tat des SA-Mannes und fügt noch hinzu: „was hätte wohl ein Reichsjägermeister oder ein Moskauerbildung an seiner (des SA-Mannes d. Red.) Stelle getan?“

Diese Bemerkung des Führers ist eine bodenlose Frechheit, die nur ein Mensch schreiben kann, bei dem der Fanatismus gegen Andersdenkende größer ist als der Verstand. Auch ein Reichsbannermann und auch ein sogenannter Moskauerbildung hätte ebenso gehandelt wie der SA-Mann. Oder ist es denn eine ganz besondere Leistung, wenn der Mensch ehrlich ist? Bei den SA-Leuten scheinen derlei Tugenden zu einer Seltenheit zu gehören; denn sonst würde der Führer nicht so viel Aufhebens davon machen. Aber Andersdenkende der Unschlichkeit zu bezichtigen ist eine Unverschämtheit, wie man sie nur vom Führer erwarten kann, dem keine Gemeinheit schlecht genug ist.

## Professor Dr. Nölting spricht beim JDA.

Im gut besuchten Saal des „Elefanten“ hatte der Zentralverband der Angestellten zu einem Vortragabend eingeladen, in welchem Professor Dr. Nölting a. M. über das Thema: „Die Durchdringung der Wirtschaft mit politischen Gestaltungssträften“ sprach. Um es vorweg zu nehmen, der Redner verstand es allseitig, ein sonst schweres und trodenes Thema den Hörern lebendig und äußerst verständlich zu machen. Er ging davon aus zu schildern, wie jede Wirtschaftsverfassung entweder auf Marktwirtschaft oder Planwirtschaft eingestellt sein müsse. Die kapitalistische Wirtschaft ist eine Marktwirtschaft. Ihre Haupttriebfeder ist die Konkurrenz. Der Marktwirtschaft wird nicht bestritten, daß sie keine Bedarfsdeckung treibe, weil sie um dieses elementare Erfordernis jeder Wirtschaft auch nicht herum komme. Bei der Marktwirtschaft richtet sich jedoch der Arbeits-, Kapital- und Warenstrom nach den besten Rentabilitätsmöglichkeiten, während sich die Planwirtschaft im Gegenteil hierzu nach der Versorgungsbedürfnisse richtet. Die Versorgungsbedürfnisse der Nation voraus, welches nur über den Staat geschaffen werden könne. Heute leben wir in einer Übergangszeit von Marktwirtschaft zur Planwirtschaft. Der alte Apparat der Marktwirtschaft funktioniert nicht mehr oder nur sehr schlecht und der neue Wirtschaftsapparat der Versorgungsbedürfnisse ist noch nicht im Betrieb. Die dadurch entstehenden Mißstände hat jeder Arbeitnehmer zu spüren. Als Arbeitnehmer verhalten wir uns dagegen, daß die Arbeitskraft nur liberalen Wirtschaftsgelehen unterworfen werden soll. Die Arbeitskraft kann nicht nur als Ware behandelt werden, da sie auch andere Entstehungsbedingungen habe. Der Redner erläuterte den Begriff des Monopols und begründete das Recht der Arbeitnehmer auf Zusammenfassung zwecks Festlegung eines Monopols für den Arbeitspreis. Dieses Arbeitsmonopol wird von kapitalistischer Seite stark bekämpft. Als Sozialisten müssen wir auf dem Standpunkt stehen, daß uns das gleiche Recht wie den Kapitalisten ausüben müsse. Monopole zu errichten. Mit kapitalistischen Mitteln kann man die heutige Wirtschaftskrise nicht beseitigen. Die Menschheit darbt, weil sie zu reich ist. Dies ist die Folge der kapitalistischen Entwicklung. Die heutige Krise unterscheidet sich von den früheren dadurch, daß sie die erste des Monopolkapitalismus ist. Wenn auch die Waffe des Stimmzettels unter der Wählerchaft stark an Achtung verloren habe, so hält der Redner dies demokratische Mittel der Beeinflussung des Staates doch als das geeignetste, auf den Staat als Arbeitnehmer Einfluss zu bekommen. Nur über den Staat wird die Arbeitnehmerkraft dahin gelangen, die Wirtschaft nach der Versorgungsbedürfnisse anzuführen, d. h. Planwirtschaft zu treiben. Wer zum Sozialismus will, muß auch den Weg dorthin kennen. Wer die Revolution propagiert, muß auch an den Tag der Revolution denken. Dies können jedoch die sogenannten Radikalen nicht zu tun. Nur wenn alle Arbeitnehmer einig zusammenstehen, werden wir zu jener Wirtschaft kommen, die im Interesse der Arbeitnehmer arbeitet. D. D.

## Zither-Konzert

Es ist nicht wahr, daß die sogenannten besseren Leute allein das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen, Förderer der Künste zu sein. Diese fälschliche Ansicht wies der Zitherklub Mühlburg 1894 am vergangenen Sonntag im Kühlen Krug voll und ganz zu widerlegen. Das gut abgestimmte Programm vereinte eine Menge melodischer Kompositionen, denen eine geschmackvolle Wiedergabe auteil wurde. Klirrende Marzschmuffel bildete den Auftakt. Die Fantasie aus „Der Obersteiger“ von Zeller ist nicht so dankbar, wie der „Vogelhändler“ des gleichen Tonsetzers. An und für sich fand die Tonbildung eine gute Aufnahme. In Herrn Mühlhölzl als Virtuosen lernte man einen Meister der Zupfmusik kennen. Sowohl im Gitarre- als auch Zitherpiel ist er ein ausgereicherter Solist. Die Sonatine in G-dur (Zither) war von musikalischem Empfinden getragen. Immer mußte man die labelfaste Technik bewundern, die Feinheit im Portamento und, auch in der Höhe, in der Klarheit und den singenden Klang des Tones. Mit der Zither „mit herrlicher Klänge reiflos auszubilden“ verfiel. In der Faustmarzschmuffel (Zither) fehlte bedauerlicherweise ziemlich vom Kaufwulver. Der Bearbeiter hätte den Tanz ruhig mehr zu Wort kommen lassen können, er ist ja das Schöne darin. Der Ausbeutung des musikalischen Leiters, Herrn Wollensack, ist eine Kleinigkeit ausdrucksvollere und feurigere Stabführung wie Einstudierung zu raten. Die formende Hand in den Details vermisst man, die Zeitprobe dürfen trotz dem beschränkten „Aktionsradius“ der Zither nicht so ausladend genommen werden. „Improvis“ (Gitarrefolge) erwies sich als hübscher Tonsetz. „Am Spinnrad“ wurde ebenfalls mit guter Auffassung charakteristisch (Laufen des Spinnrads) ausgelegt. Während und stimmungsvoll stieg das „Ständchen“. Hier zeigte sich die geniale Fingerfertigkeit, verbunden mit einer feinfühligsten Interpretation des Künstlers. Die Töne fließen perlschnurartig hervor. Der „Abontom“ traf nicht ganz überzeugend die Unheimlichkeit, das Ueberirdische, fehlte. Wild bewegt griff Mühlhölzl beim „Ungarischer Tanz“ in die Saiten. Ein Walsermelodienstrauch und ein farbenfrohes Tonbildchen mit wunderhübschen Klangliche Effekten waren als Dreingabe ein wahrer Born für musikalische Feinschmecker. Die begeisterte, sehr zahlreiche Zuhörerschaft konnte durch diese Dreingabe kaum gestillt werden. Der Zitherklub hat mit einem Tongemälde über die ungarische Stenpe „Auf der Pucka“ das Beste seiner Darbietungen gezeigt. Zu loben ist noch die Musikerkundtschaft auch des vorgerückten Alters. Und zum Schluß „Tut Nachwuchs“ mit dem edlen Saitenspiel der Zither. Die Weibchen dieser gern gehörten Volkstanz erfuhr durch einen Ball ihren Abschluß. —pi.

## Führer=Lügen

Unsere Notiz in der Freitagnummer über den Del.-Anlauf des nationalsozialistischen Stadtverordneten und Mechanikermeisters Pfiffich in der städtischen Autobahn hat bei den Nazis wie eine Bombe eingeschlagen. Selbst was helfen mag, und wenn es auch Verleumdungen und Lügen sind, denkt der Führer, und in einem langen Artikel berichtet er über eine „Luderwirtschaft in der städtischen Autobahn“. Der Artikel ist als Antwort auf unsere Anrufung des Nazistadtdirektors Pfiffich anzufassen. Die Nazis hatten in Pfiffich eine harte Stütze und es ist deshalb begreiflich, daß sich der Führer in ganz gewaltige Kosten stürzt, um diese Stütze so aut wie möglich zu halten und zweitens durch Veröffentlichung angeblicher oder tatsächlicher Verfehlungen anderer städt. Bediensteten die Taten des Lieblings Pfiffich in den Hintergrund geraten zu lassen. Diese Taktik des Führers ist zu offensichtlich, als daß sie nicht erkannt werden könnte. In dem zwei Spalten langen Artikel sind deshalb der Reinigung des Pfiffich ganze 6 Zeilen gewidmet und zwar in ganz unaufrichtiger Form. Es heißt da allerdings daß die nationalsozialistische Stadtratsfraktion auf eine gerechtfertigte Untersuchung gedrängt habe und daß die Unschuld des Pfiffich bald ans Licht kommen werde.

Hier schwindelt der Führer, denn nicht die Nazistadträte haben die Anregung zu einer gerichtlichen Untersuchung gegeben, sondern dies tat ein sozialdemokratischer Stadtrat und ein Zentrumskadtrat stellte sodann den Antrag auf gerichtliche Untersuchung. Die Nazistadträte stimmten bei der Abstimmung, weil sie eben nicht anders konnten, ebenfalls für die gerichtliche Untersuchung. Aber wenn der Führer meint, daß die Unschuld des Lieblings Pfiffich ans Licht kommen werde, so dürfte er sich wohl täuschen. In diesem Falle wird es wohl so sein, wie bei den bekannten Mädchen, das ein Kind gebar, aber sich nachher noch so unglücklich hielt, wie die Leuchtsche aller Jungfrauen. Wir sind deshalb auch begierig, wie die Unschuld Pfiffich aussehen wird.

Zur Reinigung des Stadtverordneten Pfiffich hat der Führer, wie Figuren geist, nicht viel Raum übrig, dafür aber besichtigt er andere in städtischen Diensten stehende Persönlichkeiten großer Verfehlungen. Da fängt er gleich bei der Sparkasse an, wo er darauf hinweist, daß sich der Zentrumskadtrat Herr Sommer unter merkwürdigen Umständen ein Darlehen von der Stadt, Sparkasse gewährt ließ. Weiterhin schreibt er: wie erwähnt (unter Hinweis auf einen früheren Artikel, D. Red.), daß auch Charaktere aus sozialdemokratischen Kreisen in diese sonderbaren Verhältnisse verwickelt sind. Wir fragen deshalb: was ist gegen diese Leute unternommen worden?

Was den Zentrumskadtrat Herrn Sommer anbelangt, so scheint der Führer nicht auf unterrichtet zu sein, denn er schreibt von dem früheren Stadtrat Sommer, obwohl Sommer heute noch Zentrumskadtrat ist. Doch dies nur nebenbei. Zum Vorrück gegen Stadtrat Sommer lassen wir den badischen Beobachter sprechen, der in seiner Sonntagnummer folgendes in dieser Sache veröffentlicht:

### Nat.-Soz. Retourkutsche

Der Volksfreund hatte in seiner letzten Freitagnummer ein kleines Ständchen um die Person des bei der städtischen Autobahn beschäftigt gemeinen Nationalsozialisten Stadtverordneten Pfiffich aufgedeckt, der des Diebstahls von Autoöl beschuldigt wurde. Dieses Hineinleuchten in unangenehme Hintergründe hat den Führer so in die Rolle gebracht, daß er mit parabolhaftem Augenblick den schlag 3/4 Spalten lang Luderwirtschaft in der städtischen Autobahn zur Verzeihung „aufzubringen“ versucht. Dabei bringt er in Ermangelung eines besseren Diktats neben anderem auch die alte, schon oft widerlegte Behauptung, daß sich der Zentrumskadtrat Sommer vor einiger Zeit unter merkwürdigen Umständen ein Darlehen bei der Stadt, Sparkasse habe geben lassen. Es genügt, wenn wir als Antwort auf dieses indische Waldweibergewicht des Führer den Auszug aus dem amtlichen Protokoll des Verwaltungsrats der Stadt Sparkasse vom 18. Mai 31 wiedergeden:

„Der Verwaltungsrat nimmt Kenntnis von dem im Führer erschienenen Artikel „Zweierlei Maß bei der Stadt, Sparkasse“. Der Verwaltungsrat stellt fest, daß das Verwaltungsratsmitglied Sommer einwandfrei gehandelt hat und daß die Behandlung seiner Geldangelegenheit ebenfalls einwandfrei erfolgt sind.“

Die Geschäftslitung wird beauftragt, eine Zusammenstellung aller an Mitglieder des Verwaltungsrats erfolgten Darlehen vorzulegen.“

Der Verwaltungsrat beschließt, Nachforschungen darüber anzustellen, welcher Beamte oder Angestellte unter Verletzung des Dienstgeheimnisses Mitteilungen an den Führer nachstehenden Personen hat ergaben lassen und das dienstpolizeiliche Verfahren gegen diesen Beamten zu eröffnen.“

Soweit der Beobachter. Wir halten es nicht für notwendig, dem oben Gelesenen ein Wort hinzuzufügen. Aber, wenn der Führer sich dazu erdreist, indem er schreibt, daß auch Charaktere aus sozialdemokratischen Kreisen in diese sonderbaren Verhältnisse verwickelt sind, so möchten wir den Führer ersuchen, hier etwas deutlicher zu werden. Mit dem, was er nämlich schreibt, läßt sich absolut gar nichts anfangen.

Wir fordern ihn auf, hierüber Näheres seiner Leserschaft mitzuteilen, und die Namen dieser sozialdemokratischen Charaktere zu veröffentlichen. Die „sozialdemokratischen Charaktere“ haben nämlich nichts, ja rein gar nichts zu befürchten. Ihr Verstum ist rein, so daß sie vom Führer wissen wollen, was sie verbrochen haben. Kommt der Führer unserer Aufforderung nach?

## Diskussion bei Pfarrer Eckert

Zu diesem Artikel in der gestrigen Nummer schreibt uns Herr Wild: Es entspricht nicht der Wahrheit, daß ich aus der Partei ausgeschlossen wurde, sondern mein Austritt erfolgte freiwillig, und zwar in besung einer Meinungsverschiedenheit während meiner Verhaftung mit der roten Hilfe. Einer Untersuchung von Abonementen habe ich mich nicht schuldig gemacht, sondern meine Kasse wurde in Prüfung von der Revision für richtig befunden. Die Richtigkeit meiner Kasse ergibt sich auch daraus, daß der Verlag mir noch nachträglich geldliche Auslagen ausbezahlt. Das Material meiner Kassenunterlagen steht heute noch jedermann zur Verfügung in bezug der Prüfung. Richtig ist, daß damals Untersuchungen in Zeitungsredaktionen vorgenommen sind, dieselben aber von keinem Genossen, sondern von einer Zeitungsträgerin, für welche ich nicht verantwortlich zeichne.

Unser Gewährsmann, der selbst jahrelang als Funktionär in der KPD tätig war, teilt uns hierzu mit: In einer Sitzung

kanntgabe der Namen und der angeblichen Verwicklungen nicht nach, so beweist er, daß seine Vorwürfe gegen die sozialdemokratischen Verwaltungsratsmitglieder ein erbärmlicher und gemeiner Schwindel ist. Also, verehrtes Lügenorgan, heraus mit der Sprache!

## Der Führer stempelt Nicht-Sozialdemokraten zu Sozialdemokraten

In seinem Kilometerartikel sagt der Führer einen städtischen Fahrmeister an, der verschiedenlei Vergehen in seinem Amte begangen haben soll, und der die zweifelhafte Ehre habe, der Sozialdemokratie anzugehören. Wenn jemand an der Spitze stehen würde, dann wäre derjenige, der den betreffenden Fahrmeister zum Mitglied der Sozialdemokratie stempelt, nicht mehr am Leben. Der genannte

Fahrmeister gehört weder der Sozialdemokratie an, noch ist er Mitglied einer freien Gewerkschaft.

Aber die Pflicht, ihn der Sozialdemokratie an den Hals zu hängen, ist ja so offensichtlich, als daß man sie nicht merken könnte. Der Führer will eben alle Schlechtleiten der Sozialdemokratie bzw. ihren Mitgliedern zuschreiben, um ihnen zu föhnen. Seht, was die Sozialdemokraten für schlechte Kerle sind, während wir Nazi die Unschuld vom Lande darstellen. Also mit dem Fall des Fahrmeisters hat die Sozialdemokratie nicht das Geringste getan und es ist ein gemeiner Schwindel und eine erbärmliche Lüge, wenn der Führer den Fahrmeister der Sozialdemokratie an die Halskette hängen will. Der Berater des Führers weiß dies ganz genau, aber er ergreift das Mittel der Lüge, um die Sozialdemokratie zu verächtigen.

Auch den Direktor des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes bezichtigt der Führer verschiedenster Unregelmäßigkeiten und läßt ihn als Zentrumsmittglied ergehen. Warum denn nicht, denn ein richtiger Nazi glaubt ja das blödeste Zeug und wenn es heißt, daß diese oder jene Verfehlungen von einem Sozialdemokraten oder Zentrumsmann begangen worden sind, so zieht es besser. Allerdings Direktor des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes hat der Führer in die Reihe des Zentrums eingereiht, aber wie wir wissen, gehört er der Zentrumspartei nicht an. Allerdings, Nazi soll er auch nicht sein, also Grund genug, ihn zu haßen. Ein weiterer Grund zum Haßen liegt auch darin, daß er Pfiffich wegen Diebstahls entlassen hat. Hätte er ihn weiter stehen lassen, so wäre der Direktor wahrhaftig ein feiner Mann in den Augen der Nazi. Zu den Anschuldigungen selbst wollen wir uns nicht äußern, denn dies ist in erster Linie Sache des Angeklagten selbst.

Eigentlich verführte vor einiger Zeit der Nazistadtrat Schäfer, daß bei der Stadt alles in bester Ordnung ist. Nun auf einmal, nachdem Pfiffich der Autobahn Ballet sagen mußte, berichtet der Führer über eine Luderwirtschaft in derselben Autobahn.

Auch noch Arbeiter in dem Betriebe der städtischen Autobahn werden vom Führer apostrophiert. Wir sagen ihm hierzu nur und bündig:

daß wir von jedem Arbeiter, Angestellten oder Beamten äußerste Pflichterfüllung verlangen und alles, was sich nicht in dieser Linie bewegt, ganz entschieden verurteilen.

Wir machen dabei keinen Unterschied, ob der betreffende dieser oder jener Partei angehört. Wir machen uns nicht die Führermoral zu eigen, daß Vergehen nur dann Vergehen sind, wenn sie von einem Nichtnazi ausgeführt werden. Wir nehmen die Leute nicht in Schutz im Gegenzug zum Führer, der keine Schamlein schämt, wie dies der Fall Pfiffich sehr aut sehr.

Die große Klippe, die die Nazi-Gefahr gegen politische Andersdenkende führt, könnte sich höchstens ein Parteigenosse leisten, in dessen Partei alles in bester Ordnung wäre. Aber da kommen die Nazis am allerwenigsten mit, denn gerade ihre Partei hat eine ungeheure große Zahl von „Ehren“-Männern zu verzeichnen, so daß es ordentlich stinkt. Man lese u. a. nur einmal die von Dr. Schellert mit Klotz-Berlin, einem guten Kenner der Nazi, herausgegebenene Broschüre „Ehren-Kamille für das dritte Reich“ (Verlag: A.P. Korrespondenz, Berlin NW. 87, Sigmundshof 12). Nicht weniger wie 40 Funktionäre der Nazi aus den verschiedensten Teilen Deutschlands werden hier auf ihre Verfassung untersucht. Auch Karlsruhe ist vertreten, und zwar stellt Dr. Klotz auf Seite 25 fest:

### Kramer, August

Herr Kramer war früher Lehrer im badischen Staatsdienst, wurde jedoch wegen Dienstvergehens entlassen. Heute betätigt er sich als Geschäftsführer der Hitlerpartei für Baden; bei den letzten Wahlen zum badischen Landtag und zum Reichstag fiel Kramer durch. — Um ihm interessanter zu sein, daß er am 7. November 1924 vom Amtsgericht Karlsruhe eine Gefängnisstrafe von einem Monat wegen Unterschlagung erhalten hat.

Solange die Hitlerpartei solche Volksgenossen als Gau- und Kreisführer und Stadtrat gewähren läßt, läßt die Partei wahrhaftig besser, kein ungenossenes Mandat zu halten und den Nazi-Stall einmal richtig auszumisten, bevor er bei anderen Moralpredigten hält.

teille der damalige Unterbezirksleiter mit, daß vom Verlage der Arbeiterzeitung ein Schreiben kam, daß W. Abonementgeber nicht abgeliefert habe. Des weiteren gab er Kenntnis davon, daß er deshalb aus der Partei ausgeschlossen worden sei. So lange ich Mitglied der KPD tätig war, wurde nie etwas davon bekanntgegeben, daß die Anschuldigungen gegen W. grundlos sind. Was nachher vor Pfiffich, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber nach der Schilderung von W. ist nicht daran zu zweifeln, daß er ohne Grund beschuldigt wurde. Davon Notiz zu nehmen, wird der Volksfreund gerne tun, denn meinetlich es auch beschämend ist, wieder einer Partei beizutreten, die einen vorher so behandelt hat, wie es in der einangewandten Sitzung geschehen ist.

## Wasserstand des Rheins

Rafel 44, gef. 12; Waldshut 242, gef. 13; Schutterthal 93, gef. 17; Rehl 245, gef. 13; Marxau 405, gef. 14; Mannheim 292, gef. 17; Gaud 199, gef. 12 Zentimeter.



# Die Polizei berichtet:

## Selbstmordversuch

Am Montag vormittag versuchte sich ein 56 Jahre alter Kellner von hier im Schlossgarten beim Hirschtor durch zahlreiche Stiche mit einem Taschenmesser in die Herzgegend das Leben zu nehmen. Zeugen der Tat benachrichtigten sofort die Polizei, die die Einlieferung des Unfalltätigen ins Städt. Krankenhaus veranlasste. Von dort konnte er jedoch mit einem Verband wieder entlassen werden, nachdem sich die Verletzungen als leicht herausgestellt hatten. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt.

## Selbstmord

Ein 68 Jahre alter verwitweter Gewerbetreibender von hier hat sich in der Nacht zum Montag in seinem Schlafzimmer durch Einengen von Leuchttags das Leben genommen. Finanzielle Schwierigkeiten dürften den Unfalltätigen in den Tod getrieben haben.

## Berkehrsunfall

Auf der Kreuzung Sofien- und Westendstraße erfolgte am Montag vormittag durch die Schuld beider Kraftfahrer ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorradfahrer. Dieser wurde von seinem Fahrzeug geschleudert und zog sich dabei einen starken Bluterguss am linken Fußknöchel sowie Schürfwunden an beiden Beinen zu. Passanten verbrachten ihn nach dem Diakonissenkrankenhaus, wo er Aufnahme fand. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Außerdem wurde eine Gaslaternen umgerissen.

## Unfälle

Am Montag nachmittag wurde in der Schlachthausstraße ein verheirateter 38 Jahre alter Landwirt aus Durlach durch Scheuen seines Pferdes vom Fahrweg geschleudert. Er blieb bewußtlos auf der Straße liegen. Angefahrene des Gaswerks veranlassten seine Überführung ins Städt. Krankenhaus, wo eine Gehirnverletzung festgestellt wurde. Lebensgefahr besteht nicht.

Eine lebende 20 Jahre alte Kontoristin, die auf einem Fahrrad nach ihrer Arbeitsstelle unterwegs war, kam am Montag vormittag am Karlsforst auf dem nassen Asphalt zu Fall und zog sich dabei außer einer Prellung am Hinterkopf vermutlich eine Gehirnverletzung zu.

In der Kaiserstr. wurde in Ruppurt kam es am Montag nachmittag zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer, der aus der Langestraße kommend dem durch die Kaiserstr. fahrenden Kraftfahrzeug das Vorfahrtsrecht nicht lassen wollte. Er wurde vom Fahrrad geschleudert und erlitt außer einer größeren Rückenwunde am Hinterkopf eine leichte Gehirnverletzung. Man brachte ihn zu einem Arzt, der die erste Hilfe leistete und ihn dann nach seiner Wohnung überführte.

## Diebstähle

Am Montag wurden der Polizei drei Fahrrad Diebstähle angezeigt. Ein Fahrrad wurde herrenlos aufgefunden. — Einem jungen Mann wurde in einem Warenhaus der Geldbeutel mit etwa 14 Mark Inhalt aus der Manteltasche gestohlen. — Aus einem in der Kreisstraße abgestellten Personenkraftwagen kam eine Geldbörse im Wert von 35 Mark abhanden. — Aus einer Wohnung in der Herrenstraße wurden ein paar Herrenschuhe entwendet. Als Täter kommt ein Bekannter in Frage, der kurz vorher dort abgetroffen hatte.

**Zeitgenössische badische Komponisten.** Das zunehmende Interesse, das den durch die Bad. Hochschule für Musik alljährlich veranstalteten Bad. Komponisten-Wenden entgegengebracht wird, beweist mehr als alles andere die Notwendigkeit, in regelmäßigen Abständen einen Durchschnit durch das zeitgenössische Musikschaffen zu zeigen und damit einen wichtigen Zweig bodenständigen Kulturwandens zu fördern. Die Vortragsfolge des am Freitag, den 16. Oktober, 20 Uhr im kleinen Saal der Festhalle stattfindenden Konzertes weist wieder eine Reihe neuer Namen auf: die Badener Gustav Geierhans (München), August Erhardt (Berlin) und der aus der Kompositionsklasse des Hochschuldirektors Franz Wölfling hervorgegangene Karlsruher Walter Schläpfer sind mit interessanten, aufschlußreichen Werken versehen, welche von Dr. Fritz Lang (Göttingen), Mathilde Preß-Koth (Köln), Josef Böhmer (Wien), Georga Valentin Ranzger (Wien) und Paul Trautwetter (Bismarck) zum ersten Mal aufgeführt werden. Ein großartiges, von Georg Mantel geschriebenes Klavierwerk, die Variationen und Fuge in B-Moll von Hermann Junger, dem vor kurzem 50 Jahre alt gewordenen, wird das Programm des wertvollen Abends eröffnen; beschlossenes und gekrönt wird es durch Franz Wölflings herkömmliches und bestes Werk, seine Fuge von einer capella-Chören „Unsern lieben Frauen“, vorgelesen durch den Badischen Kammerchor unter Leitung des Komponisten.

(2) **Ausstellung Kampf dem Krebs.** Wie uns mitgeteilt wird, erfreut sich die Ausstellung in der Landesgewerbehalle eines lebhaften Besuches aus allen Kreisen der Bevölkerung. In den ersten 5 Tagen konnten bereits über 1000 Besucher gezählt werden. Der vorangehende Frauenabend ist nunmehr auf Mittwoch, den 14. Oktober festgelegt worden. Die Ausstellung wird also an diesem Tage in der Zeit von 15 bis 20 Uhr nur für Frauen geöffnet sein. An dieser Stelle weisen wir auch nochmals auf den ebenfalls am Mittwoch, den 14. Oktober stattfindenden Vortrag von Herrn Prof. Dr. Arnsperger hin, der am Abend um 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses über die chirurgische Behandlung der Krebskrankheit sprechen wird.

**Konzert der Typographia.** Ihr diesjähriges Herbstkonzert veranstaltet die Typographia am kommenden Samstag, 17. Oktober, im großen Saale der Städt. Festhalle unter dem Leitwort „Das Volkslied im Munde der Völker“. Diese Bezeichnung soll nicht bedeuten, daß die Vlieder in der Sprache der verschiedenen Nationen gelungen werden, sondern daß die Melodien uns den Nationalismus, die musikalische Ausdrucksform und das Empfindungsleben der verschiedenen Völker zu Gemüte führen sollen. Das reich zusammengestellte Programm — der Verein hat 11 Vlieder — gibt hier schon einen kleinen Auschnitt der Vlieder dieser Nationen und gewährt einen kleinen Einblick in ihre musikalische Empfindungsweise. Die Oboenführerin Hiesl-Lutz, ein Karlsruher Kind, wird mit ihrem unmarnerischen, wohlklingenden Sopran deutsche Volkslieder zu Gehör bringen. Herr Konserthener Martin Spengler (Violine) paßt sich mit seinen erwiderten Musikstücken ganz dem Stil des Programms an. Der Verein hat sich in dieser Zeit der Not, des seelischen Bedürfnisses bewußt dem Volkslied zugewandt, weil gerade das Volkslied durch seine schlichte, natürliche und leicht verständliche Ausdrucksform am allerersten eine seelische Entspannung nicht nur im einfachen Volke, sondern auch bei den gebildeten Schichten auslösen kann. — Wenn schon das Programm an und für sich einen guten Belag des Konzertes erwarten läßt, so dürfte der Umstand gewiß seine Anziehungskraft nicht verfehlen, daß der Reinertag zu wohltätigen Zwecken bestimmt ist, er soll den Arbeitslosen des Buchdruckgewerbes zugeführt werden. Der billige Eintrittspreis von 60 Pf. verschafft den Besuchern dabei nicht nur einen billigen Genuß, sondern hinterläßt ihm auch das angenehme Gefühl, ein gutes Werk zu tun.

Dieser Umstand dürfte nicht nur die Freunde der Typographia, sondern auch viele Genossen und Gefinnungsgenossen zum Besuch veranlassen.

## Veranstaltungen

**Café Odeon.** Otto Vintus-Ranger, der mit seinem Orchester im Café Odeon ein leider nur kurzzeitiges Gastspiel gibt, hat im vordritten Stun des Konzertes einen Besondere-Erfolg zu verzeichnen. Das Karlsruher Publikum, das wohl schon lange nicht mehr so stürmisch bei den Darbietungen einer Kapelle applaudiert, wie dies nun bei Vintus-Ranger im Café Odeon der Fall ist. Jede die Einzelse.

**Colosseum-Theater.** Die Direktion macht darauf aufmerksam, daß die große Ausstattungs-Revue „Liebe mich“ nur noch bis einschließlich Mittwoch, den 14. d. Mts. läuft und an diesem Tage abends 8 Uhr die

# Kleine badische Chronik

## Schwerer Unglücksfall

**Ettlingen, 12. Okt.** Einen schweren Unglücksfall erlitt ein 7jähriges Mädchen aus Karlsruhe dadurch, daß es beim Bedwischen beim Herabspülen vom Baldbadung zu Fall kam und mit dem Kopf so unglücklich auf einen Stein aufschlug, daß es einen schweren Schädelbruch davontrug. Das verunglückte Kind wurde von seinem Vater, in dessen Begleitung es war, nach dem Bedwischenhof und von dort mittels Sanitätsauto ins hiesige Spital verbracht.

## Mißglückter Raubüberfall im Stadttheater

**Heidelberg, 12. Okt.** Als gestern vormittag die Kassierer des Stadttheaters vom Büro zur Tagesspise sich begeben wollte, wurde sie kurz vor dem Betreten des Zuschauerraums von einem Manne angefallen und ihr ein Tuch über den Kopf geworfen. Nur dadurch, daß sie sich sofort nach vornem fürzte und die Kasse unter sich warf, dabei gleichzeitig um Hilfe schrie, wurde der Täter in die Flucht getrieben, ohne daß er etwas erreichen konnte. Ein zweiter Mann, der auf sie im Zuschauerraum anscheinend lauerte, ergriff dann gleichfalls die Flucht.

## Brand

**Weiber (Amt Bruchsal), 12. Okt.** Heute früh gegen 3 Uhr brach in der Scheune des Reinhard Baader an der Hauptstraße Feuer aus, das auch auf die Nachbarscheune des Jakob Schäfer übergriff. In kurzer Zeit brannten beide Scheunen bis auf die Grundmauern nieder. In den mit Heu, Stroh und Frucht gefüllten Scheunen fand das Feuer reiche Nahrung. In der Scheune des Reinhard Baader waren noch Heu- und Strohvorräte von anderen Bewohnern untergebracht, welche ebenfalls dem Feuer zum Opfer fielen. Die Feuerwehr hatte Mühe, die Nachbargebäude zu schützen. Es ist ihrem raschen tatkräftigen Einschreiten zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Der Gebäulichschaden beträgt etwa 6000 M., der der Fahrnisse 2000 M. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt, die Untersuchung im Gange.

## Berkehrsunfall

**Ettlingen, 12. Okt.** Ein Berkehrsunfall ereignete sich gestern abend beim Eintritt der Dunkelheit im Kaiser Wald. Ein zu Fuß gehender Radfahrer aus Ettlingen wurde von einem biesigen Motorradfahrer, der einen Soziusfahrer mit sich führte,

angefahren. Alle drei kamen dadurch zu Fall und erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

## Schwerer Autounfall — Ein Toter

**Mannheim, 12. Okt.** Auf der Straße zwischen Seckenheim und Ebingen fuhr gestern abend gegen 10 Uhr ein Personenkraftwagen, welcher von einem Obergeringenieur aus Heidelberg geführt wurde und mit mehreren Personen besetzt war, infolge Blendung durch einen entgegenkommenden Motorradfahrer auf die linke Straßenseite gegen einen Baum. Durch den Anrall wurde der im Wagen sitzende Vater des Wagenführers, ein 70 Jahre alter Kaufmann aus Heidelberg, infolge Schädelbruchs auf der Stelle getötet. Der Obergeringenieur selbst, seine Ehefrau und seine beiden Kinder, die im Wagen mitfahren, wurden an Kopf und Oberkörpern zum Teil erheblich verletzt. Die Verletzten wurden in eine Heidelberger Privatklinik verbracht, während der Getötete nach Ebingen überführt wurde. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt. Der Autoverkehr zwischen Seckenheim und Ebingen mußte über Friedrichsfeld umgeleitet werden.

## Gummiknüppel und Seitenwaffen auf dem Fußballsportplatz

**Schwellingen, 12. Okt.** Anläßlich des Verbandsspiels zwischen dem Sportverein Schwellingen und dem Fußballverein Hohenheim kam es gestern nachmittag auf dem Schwellingen Sportplatz zu wüsten 3wischenfällen, die nicht genug geahndet werden können. Anlaß gab das sportwidrige Verhalten der Hohenheimer Spieler, die, nachdem ein Mißspiel ihrer Mannschaft durch den Schiedsrichter vom Spielfeld verwiesen wurde, geschloßen den Platz verließen, nachdem sie vorher einige ihrer Schwellingen Sportkameraden fälschlich angegriffen und einen von ihnen schwer verletzt hatten. Darauf stürmten die anwesenden Hohenheimer Zuschauer in Stöße von etwa hundert Mann auf den Platz, wo sich mit den Schwellingen Anhängern eine regelrechte Schlacht entwickelte. Stöße, Schläge und Fußtritte ergänzten schlagkräftig die Auseinandersetzungen der feindlichen Brüder. Die Polizei mußte unter Anwendung der Gummiknüppel und der Seitenwaffen eingreifen. Trotzdem erlitten zahlreiche Personen Verletzungen.

Der Süddeutsche Rundfunk überträgt heute, Dienstag, 13. Okt., aus dem Reichstag die Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Brüning; die Uebersetzung aus dem Reichstag findet etwa um 3 Uhr nachmittags statt.

## Landesarbeitsgericht

In seiner Sitzung vom 9. Oktober hatte das LAG Karlsruhe u. a. über einen Fall zu entscheiden, dem eine Streitfrage von nicht unerheblicher arbeitsrechtlicher Bedeutung zugrunde lag. Es klagten die Arbeiter M., S. und A. gegen die Firma Seneca, Genseltheer, auf Lohnzahlung, da sie unberechtigt unter Verletzung des Entlassungsschutzes nach der StMWO zur Entlassung kamen. Die Beklagte kündigte den Klägern neben einer weiteren Anzahl als Former beschäftigten Arbeiter, da sie annehmlich keine Arbeit mehr für sie hatte. Die Kläger, vertreten durch den Deutschen Metallarbeiterverband, machten geltend, daß sie in der Maßnahme der Firma eine teilweise Betriebsstilllegung erblickten und deshalb Anzeigepflicht bestanden habe. Dies wurde von der Beklagten bestritten durch die Behauptung, daß es sich lediglich um eine Rationalisierungsmahnahme handle. Es läge keine Betriebsstilllegung vor. Das Landesarbeitsgericht erob verschiedene Gutachten und fügte dahin Urteil, daß die Beklagte die Lohnansprüche der Kläger für die vierwöchige Sperrezeit nach der StMWO zu erfüllen habe. Der Entlassungsschutz habe bestanden, ein Verzicht seitens der Kläger lie nicht erfolgt.

Die Berufung der Beklagten, vertreten durch den Verbandssyndikus, hatte teilweise Erfolg. Soweit die Kläger M. und S. in Frage kommen, erging Feststellung dahin, daß diese überwiegend an Formmaschinen tätig waren, die keine Verminderung bzw. Stilllegung erfahren, und deshalb auf ihren Fall die StMWO keine Anwendung fände. Dem Anpruch des Klägers A. hingegen wurde stattgegeben, da er als Handformer beschäftigt war und tatsächlich eine größere Anzahl Formkästen, die als zur Betriebsanlage im Sinne der StMWO gehörig anzusehen seien, nicht mehr benötigt werden.

Gegen dieses Urteil ist, der grundsätzlichen Bedeutung der Sache wegen, die Revision zugelassen.

## Letzte Nachrichten

**Einstellung des deutschen Schiffsverkehrs nach Rußland**

**BRN, Hamburg, 13. Okt.** An zuständiger Stelle wurde heute beschlossen, keine deutschen Schiffe mehr nach Rußland zu entsenden. Der Grund zu dieser Maßnahme besteht darin, daß es in den letzten Tagen auf einer Anzahl der in Leningrad und Odessa liegenden deutschen Schiffe zu Arbeitseinstellungen gekommen ist, die nach Auffassung der Reder von maßgebenden russischen Kreisen nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt worden seien.

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das über Mitteleuropa gelegene Hochdruckgebiet, das uns seit einigen Tagen beherrschte, trodenes und mildes Herbstwetter gebracht hat, ist nach Osten gewandert und verliert seinen Einfluß auf unsere Witterung. In Niederungen ist es bei uns heute bereits zu verbreiteten Nebelbildungen gekommen.

Ueber England ziehen jetzt kühlere maritime Luftmassen heran, die uns im Laufe des morgigen Tages in Begleitung aufströmender westlicher Winde erreichen werden. Ein ausseiprochener Wetterumschlag scheint jedoch noch nicht bevorzustehen.

Wetterausichten für Mittwoch, 14. Oktober: Zunehmende Bewölkung, am Tage etwas kühler und auch vorwiegend trocken, aufströmende Westwinde.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

Todesfälle und Beerdiagnungsanzeigen. Julius Süß, Chemann, Verb.-Sekr., alt 62 Jahre (Graben). Berta Wollensberger, alt 85 Jahre (Mühlburg). Luise Hertrich, alt 75 Jahre, Beerdiagnung am 13. Oktober, 14 Uhr. Jakob Gies, Chemann, Gastwirt, alt 66 Jahre, Ernst Eickler, Chemann, Reichsbahnoberleitender, alt 46 Jahre, Beerdiagnung am 13. Oktober, 14.30 Uhr. Friedrich Gander, Chemann, Schiffer, alt 63 Jahre (Leonoldshafen). Emilie Maurer, alt 74 Jahre, Witwe von Heinrich Maurer, Pianofabrikant. Athanasius Bockler, Chemann, Hilfsarbeiter (Mühlburg). Karl Niemann, Chemann, Schmied, alt 57 Jahre, Beerdiagnung am 14. Oktober, 13.30 Uhr. Rosina Post, alt 80 Jahre, Witwe von Simon Post, Handelsmann (Israelitischer Friedhof). Emma Arnold, alt 63 Jahre, Witwe von Emil Arnold, Professor der Chemie, Feuerbestattung am 14. Oktober, 13.30 Uhr. Sofie Müller, alt 43 Jahre, Ehefrau von Karl Müller, Architekt (Häuselhof). Franziska Buchle, alt 73 Jahre, Witwe von Karl Buchle, Webgermeister (Daglfanden).

**Dienstag, den 13. Oktober 1931:**

**Badisches Landestheater:** Die Prinzessin auf dem Zell. 20 Uhr.  
Colosseum: Liebe mich, die große Ausstattungs-Revue. 20 Uhr.  
Gloria-Palast: So lang noch ein Pulver vom Strauß erstickt. For-Zon-Woche. Lehtilm. Kunstgymn.  
Kammer-Vorstellung: Johnny Braundt Ged. Hingabe. (Weib am Kreuz.)  
Ufa-Woche. Berlin.  
Walt-Clubs: Spigen in Flammen.  
Reichens-Spieltheater. Pantomime.  
Union-Theater: Die lustigen Musikanten Bundes-Repogramm.  
Café Odeon: Otto Vintus-Ranger-Orchester.  
Gaus der Gesundheil: Kurs Gesundheilspflege und Erholung. 8-10 Uhr.  
Badische Gewerbetreibende: Ausstellung „Kampf dem Krebs“ 10-20 Uhr.  
Galerie Woss: Herbstausstellung badischer Künstler.  
Eintracht: Erntedankvortrag: Weltgeschichte. 20 Uhr.  
Ranzgerhausaal: Alte Badische Musik. 20 Uhr.

## Elchspielhäuser

### Pa-21

„Herzen in Flammen“, das dieswöchentliche Programm der „Pa-21“, ist in seiner Eigenart ein Einzelstück. Regisseur Josef von Sternberg hat einmal ganz Großes geschaffen. Das Epochenbild von Mariene Dietrich und Joseph Reinle u. A. neben dem Film seine besondere Note. Es ist ein Genuß diese beiden Filmlichkeiten auf der Leinwand zu sehen. Kein Wunder, wenn man Franz Jona, den höchsten Bariton im Maroffo-Gesellschaftsensemble, nicht den bei sich in sich. Diese prächtige Frau, die bis jetzt das Leben für eine Höhe und die Männer darin für Teufel hielt, findet dort eine neue. Das ist in einem Lande wie Maroffo, wo man schon unterteilt, etwas wert. Tragisch ist dabei nur, daß der, den sie zu lieben glaubt, genau so arm, wie der, der sie zu betören will, reich ist und es spricht für das gute Herz der kleinen Frau, daß sie trotzdem ihrer Liebe die Treue hält. — Ein reichhaltiges Programm, Kulturfilm, einer der beliebtesten Kurz-Zeichentöne und die neueste Ufa-Wochenchau vervollständigen das Programm.

### Union-Theater

#### Die lustigen Musikanten im Uniontheater

Ende vergangener Woche hat eine übermütige Gesellschaft ihren Einzug gehalten. Als Draufgänger, Liebhaber und freudiger Musikant mit eckig dadrifcher Nase fungiert der kleinen Nebenbenedene Fritz Kampe r s. Während Hermann Witscha die allerdelichesten und urkomische Figur mobilisiert, die auch den Herdbrüsten zum Lachen reizt, geben die Damen ihrerseits, — Gemilla Spitz und Erta Glöhner — die eine als ein herzliches „Kind“ mit einer Wärme in der Stimme, die sich sofort die Zuneigung des Hörers erlangt und ihre Kollegin als eine das-melodische, ihres Zeichens neben dem Beruf der Rosenfängerin Beirats-schwindlerin mit einem affösen und spleenigen Einschlag gegenüber ihrem „Chegemahl“, dem alten „Bürschel ich“ die Zoten zum Gehen. Ein paar richtige, gut geübte und gehörte schämige Weiber aus den Garten- und Hofbahnbühnen, vorföhrlich schäntend, verdrücken die Wärgen in die tote Sache. Eine wirklich volkstümliche Angelegenheit. Es geht drunter und drüber, durchgehend lustig und gemüht. Nebenbei erdeshen Aufnahmen über die wirtschaftliche Erschließung der Schweiz unser Interesse. Die reichhaltige Wochenchau läßt das bunzt zusammengeordnete Programm beschließen.

**Tageskalender**  
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Morgen Mittwoch Hauptversammlung!**  
Mittwoch, 14. Oktober, abends 8 Uhr, spricht im „Elefanten“  
in einer  
Mitgliederversammlung  
Landtagsabgeordneter Genosse Reinhold (Mannheim)  
Thema:  
Deutschlands politische Lage, Rück- und Ausblick,  
Kampf den Parteipolitikern!  
Genossinnen und Genossen! Erscheint vollzählig!



# Raus mit der Ware!

**im Ausverkauf** wegen Laden-  
aufgabe

Der große Andrang beweist meine Billigkeit

Nachstehend einige Beispiele:

Restposten Sommerkleider	1.50	0.95
Tweedkleid aus gutem Strickstoff	5.95	4.45
Ein Posten Samtkleider für Mädchen	5.95	
Wo istoffkleider in allen Farben	11.50	9.75

**Damen-Sommer- u. Wintermäntel**  
Restposten zum Teil gefüllt und Pelzbesatz  
Einheitspreis **10.95**

**Damen-Kostüme** in guten Mustern u. Quali-  
täten 14.50 12.50 8.50 **5.50**

Prima Herrenbrecheshosen Cord	2.95
Ein Posten Windjacken	8.75 6.75 <b>3.75</b>
Lodenjoppen zum Teil gefüllt	9.50 7.50 <b>4.95</b>
Herrenlodenmantel in prima Qualität	21.50 19.50 <b>17.50</b>
Ein Posten Herrenfantasiwesten zum Aussuchen	1.95

**Herrenanzüge** 29.50 25.50 19.50 **12.50**  
und höher

**Herrnanzüge** 21.00 16.95 12.50 **10.80**

**Sportmode** mit Binder 3.75 **2.75**

Ich verkaufe ebenfalls meine bekannt gute Qualitäten in  
**Baumwollwaren, Trikotagen, sowie Handtücher u. Wäsche**  
zu rücksichtslos herabgesetzten Preisen.

**Samstag geschlossen. Samstag abend ab 6:20 geöffnet.**  
Verkauf ununterbrochen von 8 - 19 Uhr

## L. Pistiner Kaiserstr. 24

# GLORIA PALAST

am Rondellplatz

... und heute  
auf zu den Walzerkönigen!  
**Johann Strauß selbst auf!**  
in dem Tonfilm:  
**So lang noch ein Walzer  
vom Strauß erklingt**

In den Hauptrollen: **Gustav Fröhlich, Maria Pauler, Hans Junkermann**

kennt J. Strauß  
hört J. Strauß  
singt J. Strauß  
Lehrfilm, Kurztonfilm  
anfang 3, 5, 7 und 9 Uhr

## Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

### Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die Trauernachricht, daß unser langjähriger Genosse

## Franz Heidelberger

Ladner

gestorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Oktober 1931, nachmittags 2 Uhr statt und erfinden wir um zahlreiche Beteiligung

Der Vorstand.

## Touristen-Berein Die Naturfreunde

Ortsgruppe Karlsruhe

### Todes-Anzeige

Unsern Mitgliedern machen wir die traurige Mitteilung, daß unser langjähriger Mitglied

## Franz Heidelberger sen.

gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 14. Oktober, nachmittags 2 Uhr statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet

Die Vereinsleitung

### Dankfagung

Für die aufrichtigen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres Lieben

## Ludwig Kohler

Schiffseher

lagen wir allen herzlich Dank. Insbesondere Dank dem Herrn Dr. Frick für seinen Rat, dem Gesangsverein Hypographia für seinen erhabenen Gesangsbeitrag, den Kollegen und dem Vorstand der Stadtkirche für die Kranziederlegungen, sowie all denen, die an der Trauerfeier teilnahmen.

Karlsruhe, den 12. Oktober 1931.

Ramen  
der trauernden Hinterbliebenen:  
**Karl Kohler** 7708

## TRAUERBRIEFE

liefert schnell und billig  
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ a. m. b. H.  
Waldstraße 28.

### Durlacher Anzeigen

**Farren-, Eber- und Ziegenbockhaltung**  
Während der Wintermonate wird die Sprungzeit für die Farren, Eber- und Ziegenbockhaltung in der Stadt Durlach einschließlich Stadteil Aue wie folgt festgelegt:

**Vormittags von 1/8 bis 9 Uhr**  
**Nachmittags von 5 bis 7 Uhr.**

Durlach, den 12. Oktober 1931. 1917  
Der Oberbürgermeister.

**Landwirtschaftl. Unfallversicherung**  
Auf Anordnung des bad. Landesversicherungsamts hat bei der diesjährigen Aufstellung des land- und forstwirtschaftlichen Betriebsunternehmerverzeichnis eine außerordentliche Nachprüfung des Umfangs der hier vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe zu erfolgen. Demgemäß fordern ich sämtliche hier anwesenden Bewirtschafter von Acker, Garten, Weinland sowie Weinbergen auf, die von ihnen im Jahre 1931 bewirtschafteten Fläche, getrennt nach Acker und Weinland, innerhalb einer Woche anzumelden. Diese Anmeldung hat für die Statistik auf dem Rathaus, III. Stad. Zimmer Nr. 6, und für den Stadteil Aue auf dem Gemeindefreizeitanstalt befristet zu erfolgen. Ausgenommen sind diejenigen Betriebe, die bereits bei der Gartenbauversicherungspflicht vermeldet sind.

Über die rechtsseitige Anmeldung unterläßt sich keine Mitteilung zu machen. Unterlassene oder unrichtige Meldungen werden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen bestraft. Gleichseitig fordere ich diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die ihre Allmendäcker nicht selbst bewirtschaften, erneut auf, diese bei der Stadt zur Verpachtung bzw. zur Eintragung anzumelden.

Durlach, den 12. Oktober 1931.  
Der Oberbürgermeister.

## Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

**Mittwoch, den 14. Oktober,**  
abends 8 Uhr, spricht im „Erfanten“  
in einer

## Mitglieder-Versammlung

Landtagsabg. Gen. Reinhold Mannheim

Thema:  
**Deutschlands politische Lage  
Rück- und Ausblick  
Kampf den Parteipattem!**

Genossinnen und Genossen! Erscheint doch zahlreich!  
Der Vorstand

**Druckarbeiten** aller Art liefert schnell und billig  
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ a. m. b. H.

## Ettlinger Anzeigen

### Volks-Speisefüche

In Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse beabsichtigt die Stadtgemeinde, im Zusammenwirken mit den hiesigen privaten Wohlfahrtsorganisationen für die Dauer der bevorstehenden Wintermonate in den Räumen der früheren Kinderkrippe am Lindhart eine Volks-Speisefüche einzurichten, an der Arbeitslose, Kriegunterstützungsempfänger, ausgeleitete Kriegsunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner sowie sonst bedürftige Personen teilnehmen können. Das Essen soll an 3 Tagen aus einem Eintopfgericht und an drei Tagen aus Suppe, Fleisch und Gemüse bestehen. Sonntags wird kein Essen ausgeben. Eine Ausgabe des Essens für einzelne Kochentage kommt nicht in Frage, sondern nur für 6 Kochentage. Das Essen muß auch bei nicht volltätiger Beteiligung an allen Tagen für die ganze Woche bestellt werden. Der Preis für das Essen ist sehr mäßig gehalten. Um Befreiung auf den Familien die Teilnahme an dem Essen ermöglichen, sind für 2 und mehr Personen einer Familie die Preise entsprechend ermäßigt. Das Essen wird in einem dafür bereitgestellten Raum eingenommen; es kann jedoch für zwei oder mehr Personen einer Familie auch in der Speisefüche abgeholt und zu Hause eingenommen werden.

Voraussetzung für die Einrichtung der Speisefüche ist eine genügende Beteiligung. Es ergibt deshalb an die eingangs erwähnten Personen, die sich bei der Speisefüche beteiligen wollen, die Aufforderung, sich bis längstens 20. Oktober 1931 in die beim hiesigen Bürgeramt, im Vincentiushaus Durlacher Straße 11, im Eingang, Gemeindegang Nr. 43, bei Frau Rees, Kirchenplatz 5, bei Frau Gähler, Kronenstr. 3, und bei Frau Babel, Lauerstraße 41, auflegenden Listen eintragen zu lassen und dabei anzugeben, für wieviele Personen das Essen gewünscht wird. Die näheren Bedingungen können bei den genannten Anmeldestellen erfragt werden.

1915  
Ettlingen, den 12. Oktober 1931.  
Gemeinderat.  
Der Bürgermeister.

## Gaggenauer Anzeigen

### Mütterberatungsstunde.

Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 14. ds. Mts., nachmittags von 2 bis 3 Uhr, im Rathaus (Bürgeramt) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Gaggenau, den 12. Oktober 1931.  
Der Bürgermeister: Schneider.

### Kartoffelversteigerung.

Die Stadtverwaltung ist daran interessiert, daß die Einwohner von Gaggenau mit billigen Kartoffeln versorgt werden und hat daher eine Besondere Stelle für gute gelbflechtige Kartoffeln geachtet. Die Kartoffeln sollen ab Bahnhof hier der Jentner Nr. 2, 50. Es kann von diesen Kartoffeln jedermann besteben. Bestimmung ist, daß die Kartoffeln entweder bei Bescheid, oder bei solchen Bescheidern, die jetzt nicht bar bezahlen können, aber der Geldbetrag geliefert ist den Betrag vom Tage des Kartoffelbestands an mit 10 Prozent verzinnt.

Kartoffelbesteller, welche sich ebenfalls zum Kartoffelbestehen vornehmen lassen können, erhalten die Kartoffeln unentgeltlich, der Betrag wird aber auf die aufzubehaltende Unterzahlung anzurechnen.

Anmeldung an der Kartoffelbestellung sollte sofort vorgenommen werden, da dieselben bereits unterzogen sind und jeden Tag eintreffen können.

Gaggenau, den 12. Oktober 1931.  
Der Bürgermeister: Schneider.

## Dirigent

übernehme noch einen  
Gesangsverein. **Emil Lang**, Gesangsabg., Rbe., Schützenstr. 7, II.

Lehrling 1428  
für Polster- und Dekorationsgeschäft gesucht  
Wöhler, Stadtmessstr. 16

Untericht in Violine,  
Klavier, Orgel, Gitarre, Mandoline, Laute, Gitarre, Waber, Klavier, rechner. 30, II. R 1435

Wohnung zu vermieten,  
2 Zimmer u. Küche  
**Knechtlingen**, Eisenbahnstraße 22. R 1436

Große Manjarbe  
zu vermieten, Kellerräume  
zu vermieten, Kellerräume  
Kellerstr. 25, IV. R 1433

Reeres Zimmer sofort  
oder auf 1. Nov. sehr billig  
an ein. Person u. verm.  
**Hildburg**, Ratsstr. 16  
4. Stock rechts. R 1434

Freundl. möbl. Man-  
sardenzimmer an ordentl. Herrn zu vermieten  
Zährstr. 14 III. E 401

Möbl. Zimmer, elektr.  
Licht, heizb., sofort zu  
vermieten. **Schubert**,  
Rebenstr. 7. 7497

Suche für meine Ein-  
zimmerwohnung. Mitbe-  
wohner pro Woche 3.4  
**Hug**, Ratsstr. 13 E 411

1-3-Zimmer, hier od.  
Vornr. 3, mit gefächelt  
Angeh. u. Verköstigung  
u. Nr. 7627 an d. Volksfr.

Wohnung-Gesuch, 2 b.  
3, 3, 10. Südweststadt  
bevorzugt. Angeb. unter  
Nr. 7628 a. d. Volksfr.

# Das leistet TIETZ

HERMANN

Reinwollene  
**Baby-Artikel**  
zu niedrigen Preisen.

Baby-Röckchen Wolle u. reine Wolle mit Kunstseide, hübsche Farben	1.45
Baby-Mützchen reine Wolle, in vielen Ausführungen	75
Baby-Strümpfe Merino, weils, feste Qualität	50
Baby-Jäckchen reine Wolle, weils, viele Größen	95
Baby-Kleidchen reine Wolle, in entzückenden Mustern	1.95
Spiel-Anzug reine Wolle, in geschmackvoller Ausführung	1.95
Froschanzug reine Wolle, in schönen Farben	2.75
Baby-Garnitur reine Wolle Handarbeit, weils und bunt	2.50

Verkauf auf Extralichen im Parterre

### Todes-Anzeige

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel

## Franz Heidelberger

Ladner

im Alter von nahezu 56 Jahren von seinem kranken Leiden durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Karlsruhe, den 12. Oktober 1931. 7706  
Friedrichstraße 3

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Heidelberger**

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr statt. Von Beerdigungsbitten wird Abstand nehmen zu wollen.

## Auto-Leichentransporte

Für Leichentransporte von und nach auswärtig empfehle ich meine neuzeitliche Leichen-Transportauto. Dasselbe entspricht allen Anforderungen für eine vornehme Leichenbestattung und bietet 3 Sitzplätze zum mitfahren von Leidtragenden ohne besonderen Preisaufschlag / Zuverlässigste Bedienung bei billigster Berechnung durch eigenes Personal gewährleistet.

## Math. Vogel, Karlsruhe I. B.

Hirschstr. 38, Tel. 2747 (auch nachts)  
Auto-Vermietung • Kutscherei

Seit langem hatte keine Kapelle in Karlsruhe einen ähnlichen

## Rekord-Erfolg

wie

## Otto Pinkus-Langer

mit seinem Orchester im

## Café Odeon

## Sozialdemokr. Partei Karlsruhe

**Mittwoch, den 14. Oktober,**  
abends 8 Uhr, spricht im „Erfanten“  
in einer

## Mitglieder-Versammlung

Landtagsabg. Gen. Reinhold Mannheim

Thema:  
**Deutschlands politische Lage  
Rück- und Ausblick  
Kampf den Parteipattem!**

Genossinnen und Genossen! Erscheint doch zahlreich!  
Der Vorstand

**Druckarbeiten** aller Art liefert schnell und billig  
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ a. m. b. H.

### Warnung!

Barne jedermann  
meiner Frau eine geb.  
ent auf mein Namen  
etwas zu geben, da ich  
für nichts aufkomme.

**Friedrich Jäger**,  
Bader, Poststraße 14

### Verloren

Wollener  
Lodenbus  
u. d. Nähe der Heilbrunn-  
quelle od. von dort nach  
Karlsruhe. Der Finder  
wird gebeten, denselben  
im Volksfreund abzugeben.

**Grammophone**  
Zich u. Standbyparat  
nen u. neue, zu Spottpreis  
ab. geg. Waren-  
tausch u. Lebensmittel  
abzugeben. Beschl. auch  
einige Fahrrad-Karbid-  
lampen (neu). Anfrag.  
u. R 1437 a. d. Volksfr.

**Herrn-u. Damen-**  
fahrräder wie neu, L. u.  
nur 38 u. 44, 4, wert.  
Reinbremsen 141 V I

Aufgerichtet. Best. u. g.  
Angebote un. Nr. 7626  
an den Volksfr.

### Uhren aller Art

werden fachmännisch  
prompt und äußerst  
billig repariert bei

## J. Gelmann

Reparaturwerkstätte  
Zähringerstraße 33

### Die Einladung

zum Besuch Ihrer  
Geschäftslokali-  
ten und zum Kauf  
Ihrer Waren ist  
das Zeitungsinse-  
rat im Volksfreund

### Rüchen

120.4, 100.4, 85.4  
für Rüchlinge  
(hinter Weich. Knobf)

### Kastatter Anzeigen

Zuführung des Weines und  
Bertstellung von Baustrukt. befr.

Ich mache auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 28. Sept. 1931, aufmerksam, welcher an der Gemeinde-  
fahrräder von heute ab 14 Tage lang ange-  
schlagen ist.

Die Ablicht. Traubenmaische Trauben-  
moist und Wein zu sudern. ist hierher  
anzugeben.

Kastatt, den 9. Oktober 1931.  
Der Oberbürgermeister.  
Kemper.

## Zur Badischen Woche

<b>Dr. A. Remmele</b> M. d. R., Minister a. D.	<b>Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden</b> . . . . . geb. <b>7.50</b>
	<b>Baden vom Absolutismus zum Volksstaat</b> . . . . . <b>1.50</b>
<b>Hermann Stenz</b>	<b>Das steinerne Meer</b> Erzählungen aus badischer Landschaft illustriert . . . . . geb. <b>3.—</b>
<b>Ferdinand Madlinger</b>	<b>Der rote Hauslehrer</b> Ein Roman in Briefen . . . . . <b>3.—</b>
<b>Alois Hoid</b>	<b>Die Hölle von Cayenne</b> Erlebnisse eines badischen Arbeiters in der französischen Fremdenlegation und in Cayenne . . . . . <b>2.70</b>
<b>Von Dr. A. Remmele</b>	sind weiter erschienen: <b>Novemberverecher</b> . . . . . <b>0.70</b> <b>Faschistische Treibhauskulturen</b> . . . . . <b>0.30</b> <b>Die Futterkrippe</b> . . . . . <b>0.30</b> <b>„Im Zauberreich des Herrn Remmele“</b> . . . . . <b>0.30</b>

## Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe in Baden, Waldstraße 28 / Fernsprecher 7020/21